

Die „Freiheit“ erscheint morgens auf nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 10,- M. im voraus zahlbar, von der Redaktion selbst 11,- M. für Postbezugsnehmer. (Inländische Postgebühren entfallen.) In den Grenzgebieten des Reiches und Österreichs 12,- M., für das übrige Ausland 21,- M. (Inkl. Porto- und Zollsatz, per Post für Deutschland und Österreich 10,- M.)

Die abgedruckten Korrespondenzen über deren Namen steht L.-M. (einschl. des Postgebührens) Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Verschiedene Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. unter pro Zeile. Einzel-Angebote in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisveränderung: Jahressatz 2020, 2043, 4510 4602, 4624, 4648, 4822.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Klarheit und Konfusion

In den letzten Tagen waren die Vertreter der deutschen Banken zu einer Tagung in Berlin versammelt und haben zu den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik Stellung genommen. Es war charakteristisch, daß jeder einzelne der Herren seine Rede mit einer scharfen Kampfanzeige gegen die Sozialisierung des Bergbaues beendete.

Die Herren wissen, worum es sich handelt. Sie kämpfen gegen die Sozialisierung nicht nur als Vertreter des allgemeinen Klasseninteresses des Bürgertums, sondern auch im unmittelbaren Interesse der Banken. Denn die Machtstellung der deutschen Großbanken im Wirtschaftsleben beruht ja gerade auf ihrer engen Verbindung mit dem Kohlenbergbau, der schweren Eisenindustrie und der Elektrizitätsindustrie. Wird das Kapital aus dem Kohlenbergbau verdrängt, so wird damit zugleich aus dem mächtigsten Gebilde der Bankenherrschaft ein starker Pfeiler herausgehoben. Kein Wunder, daß die Bankherren in voller Solidarität mit dem Fehdenkapital vorgehen. Klare Erkenntnisse und Geschlossenheit der Kampffront, das sind die großen Vorzüge, die in diesem Kampf zwischen Kapital und Arbeit das Kapital aufzuweisen hat.

Anders steht es noch für die Arbeiterschaft. Scheidemann hat im Reichstag erklärt, daß die Sozialisierung im Vordergrund des Kampfes stehen würde. Im „Vorwärts“ scheint man davon nichts zu wissen. Sein Wirtschaftspolitiker meint offenbar, daß die Frage der Sozialisierung vor allem eine Sache der Regierung sei, die nach dem Rats der vorzüglichsten Sachverständigen alles prüfen und das Beste behalten möge. Und als einen der ersten Sachverständigen wird dort Herr St. i. n. e. s. gefeiert, dessen Pläne, die auf eine Unterwerfung des ganzen deutschen Wirtschaftslebens unter die Diktatur der reichlich-westfälischen Kapitalmagnaten hinauslaufen, von dem Hans Reibus des „Vorwärts“ der Regierung zur „aufmerksamen Nachprüfung“ warm empfohlen werden. Daß der Sozialismus eine Machtfrage ist, davon scheint man im „Vorwärts“ nichts zu wissen.

Auf der anderen Seite betreiben Kommunisten und Neukommunisten eine Sabotagepolitik, die praktisch eine wirksame Unterstützung des Kampfes gegen die Sozialisierung darstellt. Auf allen Arbeiterkongressen, von dem ersten Kongress der politischen Arbeiterräte im Dezember 1918 angefangen, ist die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, insbesondere des Bergbaus, gefordert worden. Diese Forderung hat stets die Zustimmung der Kommunisten gefunden. Jetzt, wo der Kampf um die Sozialisierung wirklich begonnen werden soll, erklären sie plötzlich, das sei konterrevolutionär, das sei ein Zerweg, auf dem die böse U. S. P. die Arbeiter führen wolle. Die Arbeiter sollten sich an diesem Kampf nicht beteiligen, sondern lieber — die politische Macht erobern.

Run stelle man sich doch die politische Situation vor. Der Arbeiterklasse, und insbesondere den Bergarbeitern, ist es gelungen, die Frage der Sozialisierung auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber diese Frage wird in einigen Wochen oder Monaten entschieden werden. Das gesamte Bürgertum läuft Sturm gegen die Sozialisierung, setzt seine geschlossene Kraft ein, um die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten. Und da kommen Arbeitervertreter und sagen: Dieser Kampf braucht Euch nichts anzugehen. Wir haben eine andere Parole: Beginnen wir mal einen Kampf um die Produktionskontrolle. Wir werden in den einzelnen Betrieben uns die Macht erobern, die Produktion und die Preise zu bestimmen. Daraus wird sich dann ein Kampf um die politische Macht entwickeln, und wenn wir die dann haben, dann werden wir schon sozialisieren.

Kein Mensch wird verstehen, warum durch den Kampf um die Produktionskontrolle die politische Macht leichter erobert werden kann als durch den Kampf um die Sozialisierung. Vielmehr ist es klar, daß das Hineinwerfen immer neuer Parolen nur Verwirrung und neue Spaltung in die Arbeiterschaft trägt. Aber jeder muß verstehen, daß den Kapitalisten kein größerer Gefallen getan werden kann, als wenn die Arbeiterklasse ihnen das Kampffeld widerstandslos räumt, statt an die Durchsetzung der Kohlensozialisierung ihre ganze Kraft zu setzen. Jeder muß einsehen, daß es eine lächerliche Illusion ist, die politische Macht erobern zu wollen, ohne das Proletariat geschlossen und einheitlich in den Kampf zu führen und es vor die konkreten Aufgaben zu stellen, die durch die wirtschaftliche und politische Konstellation gegeben sind. Die Frage der Kohlenwirtschaft steht jetzt zur Entscheidung, die Kommunisten aber erfinden Fehden und erklären dann, daß nur um diese, in dem Kopf irgend eines Kommunistenführers entstandenen, Hirngespinnste der einzig wahre unverfälschte Klassenkampf entbrennen darf. Es ist typische utopische Politik, die Rezepte und Richtlinien erfindet statt die jeweiligen Aufgaben des politischen Kampfes in der durch die Entwicklung des Klassenkampfes selbst geschaffenen realen Situation zu entdecken. Eben deshalb aber erzeugen die Kommunisten in der Arbeiterschaft Konfusion und Verwirrung gegenüber der

#### Vertuschungsversuch im Falle Hermes

##### Ein unerhörter Skandal

In der Donnerstagsitzung des Reichstags hat die Unabhängige Fraktion den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der gegen den Ernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe beantragt. Da bei der ersten Lesung des Etats nach der Geschäftsordnung des Reichstags die Stellung von Anträgen nicht zulässig ist, wurde dieser Antrag der Fraktion zurückgegeben, von dieser aber am Freitag als selbständiger (schleuniger) Antrag erneut eingereicht. Trotzdem also jetzt keine Zweifel mehr an der Zulässigkeit dieses Antrages bestehen konnten, ist am Sonnabend nochmals an die Unabhängige Fraktion die überflüssige Anfrage gerichtet worden, ob dieser Antrag aufrechterhalten werde. Selbstverständlich ist darauf eine bejahende Antwort erteilt worden.

Der Zweck dieses merkwürdigen Vorgehens wird klar, wenn man erfährt, daß durch eine Parlaments-Korrespondenz folgende Mitteilung verbreitet wird:

„Aus der gestrigen (Freitag-)Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages ist ergänzend nachzutragen, daß ein von den Unabhängigen gestellter Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Angelegenheit Hermes zurückgezogen wurde, nachdem diesem Antrage von verschiedenen Seiten widersprochen worden war.“

Diese Meldung ist in allen Teilen unwahr. In der Sitzung des Hauptausschusses vom Freitag ist ein derartiger Antrag nicht gestellt worden, weil nicht der Hauptausschuss, sondern nur das Plenum des Reichstags über ihn entscheiden kann. Es konnte deshalb der nicht gestellte Antrag auch nicht zurückgenommen werden. Dieses Verhalten aber zeigt die gewaltige Furcht der bürgerlichen Parteien vor dem Untersuchungsausschuss. Sie wissen, daß sie in einem der Kontrolle der Öffentlichkeit unterliegenden, und mit den Rechten einer Untersuchungsbehörde ausgestatteten Verfahren nicht mit der windigen Ausrede durchkommen werden, daß die „persönliche Ehrenhaftigkeit“ des Ernährungsministers außer Zweifel stehe. Sie kennen auch die Gefahren, die ihnen allen aus der Aufdeckung der gewaltigen Korruption, die sich nicht auf die unteren Kreise beschränkt, sondern bis in die Spitzen hineinreicht, zu gewärtigen haben. Sie wissen, daß der Schwindel von dem automatischen Zusammenbruch der Zwangswirtschaft entlarvt werden kann, und daß die weite Öffentlichkeit erfährt, daß dieser Zusammenbruch und die gewaltige Verschärfung der Lebensmittel-

not der Massen künstlich beschleunigt und vergrößert wurde durch die Interessenten und durch die Handlungen der ihnen willfährigen Organe des Staates.

Der Untersuchungsausschuss ist deshalb notwendig zur Aufdeckung des Seuchenherdes, von dem aus sich die Krankheit der politischen Korruption unaufhaltsam ergießt. Alle bürgerlichen Parteien wollen diese Aufdeckung verhindern, schüßend stellen sie sich deshalb vor den Ernährungsminister Hermes und suchen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit den sonst so oft Erfolg erzielten Mitteln der Hintertreppenspolitik zu vereiteln.

Aber diesmal dürften sie sich getäuscht haben. Die gesamte Arbeiterklasse, die unter den Folgen der Korruption gewaltig leidet, will die Ursachen ihrer Not und ihrer Entbehrungen restlos kennen lernen. Für sie handelt es sich deshalb nicht darum, den einen beschuldigten Mann verschwinden zu lassen, sondern um die Aufdeckung des Systems, das sie als Angehörige der besitzlosen Klasse so unendlich leiden läßt.

##### Ein Freibrief

In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat der Demokrat Schiffer auch über die zahlreichen Korruptionsercheinungen in amtlichen Stellen gesprochen und dabei durchaus richtig festgestellt, daß es nicht angängig sei nur die Kleinen Diebe zu hängen. Er hat ferner gemeint, daß die höheren und leitenden Beamten für solche Verfehlungen die volle Verantwortung übernehmen müßten, da sie ja sonst auch das Lob für die erfolgreiche Tätigkeit ihrer Beamten ernten.

Ganz im Gegensatz aber zu dieser Meinung äußerte er im Anschluß daran, daß die Minister für zureichend einmal ein Ende haben müsse, nicht jede Meinungsverschiedenheit müsse zu einem Kampf gegen den betreffenden führen. Herr Schiffer unterließ es wohlweislich irgend einen Namen zu nennen. Aber da im Augenblick nur die Person des gegenwärtigen Reichsernährungsministers Hermes umstritten ist, so kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß er an diesen Fall gedacht hat.

Daraus scheint hervorzugehen, daß auch die Demokraten die Absicht haben, sich schüßend vor Herrn Hermes zu stellen. Wir begreifen das. Wir haben auch keinen Augenblick daran gezweifelt, denn Herr Hermes hat nicht nur die Gesetze der Agrarier befolgt, die ihm ihre äußerste Zurechenbarkeit oftmals beschönigt haben, sondern auch die Geschäfte des Handels, denen er seit seiner Amtstätigkeit die ausschweifende Möglichkeit zur schrankenlosen Ausnutzung der günstigen Konjunktur gegeben hat.

Klarheit und Geschlossenheit der Bourgeoisie. Es wird ihnen allerdings nicht viel nützen, denn kein Arbeiter wird es verstehen, daß die Arbeiterklasse, wenn die Sozialisierungsfrage auf der Tagesordnung steht, nicht in den Kampf eintreten müßte. Es ist einfach zwingende Notwendigkeit, die aus der politischen Situation sich ergibt, daß dieser Kampf, zu dem die Unabhängige Sozialdemokratie die Arbeiterklasse und alle ihre Organisationen aufgefordert hat, durchgeführt werden muß. Und deswegen wird auch den Kommunisten nichts anderes übrig bleiben, als sich entweder zu isolieren oder sich diesem Kampfe anzuschließen.

Und das beginnen diese Schimpfbolde auch schon zu fühlen. Ein paar Tage lang haben sie ihren Lesern vorgelesen, wir wollten gar keine Sozialisierung, wir träten für die Arbeitsgemeinschaft ein und was dergleichen Unsinn mehr ist. Sie haben von den Bürgerlichen sogar den Vorwurf übernommen, daß wir einen Staatstruß, eine bürokratisierte Wirtschaft schaffen wollten! In Wirklichkeit ist das Gegenteil richtig. Wir wollen die vollständige Ausschaltung des Kapitalisten und damit zugleich die Ausschaltung des Profitinteresses. Den bestimmenden Einfluß in der Leitung der Kohlenwirtschaft haben die Arbeiter und Angestellten. Daß auch die Leiter des Bergbaues vertreten sein müssen, ist ganz selbstverständlich, und es ist nur eine demagogische Entstellung, wenn die Kommunisten behaupten, daß das die Beibehaltung der Kapitalisten bedeute. Die Leute wissen so gut wie wir, daß es einer der schwersten Fehler der russischen Methode gewesen ist, die Leiter ausschließen zu wollen. Diese sind nach der Sozialisierung des Bergbaues nicht mehr Kapitalisten oder Angestellte der Kapitalisten, sondern Gehalt beziehende Angestellte des Kohlenrats, die also kein spezifisches Profitinteresse vertreten können. Ebenso ist es bewußte Demagogie, wenn der Bergarbeiterschaft vorerzählt

wird, daß sie vermehrter Ausbeutung unterworfen werden soll. Die Stellung der Bergarbeiter wird vielmehr so gestaltet, daß sie gegen jeden Raubbau ihrer Arbeitskraft geschützt ist. Allerdings, auch in einer sozialistischen Produktionsweise, muß gearbeitet werden, und wir erzählen den Arbeitern nicht, daß wir ihnen sofort ein außerordentliches Wohleben garantieren. Dafür erwarten wir auch, daß bei einer vernünftigen Methode der Sozialisierung die Arbeiterschaft nicht in jenem „Ocean von Leiden“ verinkt, die die Kommunisten, die nur mehr russisch denken und sehen können, als unabwendbar hinstellen, und ebenso glauben wir, bei der entwickelteren und aufklärteren deutschen Arbeiterschaft auf die russischen Methoden des Arbeitszwangs in seiner härtesten Form verzichten zu können.

Dieselben Kommunisten nun, die den Kampf um die Sozialisierung ablehnen, wollen statt dessen Kampf um die Produktionskontrolle. Die Betriebsräte sollen kontrollieren und verfügen, wieviel Kohle gefördert, an wen die Kohle verteilt werden soll, und sie sollen die Höhe des Kohlenpreises bestimmen. Sieht man sich diesen Plan näher an, so erkennt man in ihm sofort die Wiffelische Planwirtschaft. Es ist dieselbe Utopie, daß innerhalb des kapitalistischen Systems für einen oder mehrere Wirtschaftszweige durch Dekret die ökonomischen Gesetze aufgehoben werden sollen. Wiffel schrieb diese Zaubergewalt seinen Arbeitgebern und paritätischen Wirtschaftskörpern zu, die Kommunisten überlassen es gütigst den Betriebsräten. Es ist genau derselbe ökonomische Diktantismus, es ist dieselbe Einheitslosigkeit in die ökonomische Gesetzmäßigkeit. Wiffel ist gemächigt, der Kommunist ist radikal, die Illusion ist dieselbe.

In Wirklichkeit ist eine umfassende Produktionskontrolle nur durch die Sozialisierung, nur durch die zentrale Regie-

lung der Produktion, die in Verfassung der Gesellschaft ist, möglich. Im kapitalistischen System bleibt die Produktionskontrolle so wichtig ihre Erringung auch für die Schulung und Weiterentwicklung der Betriebsräte bleibt, nur ein Palliativmittel. Das Ziel muß immer die Vergesellschaftung des Wirtschaftszweiges sein. Wieder könnten die Kommunisten, wenn sie befehlbar wären, aus den russischen Erfahrungen lernen, wie gefährlich eine mißverständliche, im Gegensatz oder als Ersatz der Sozialisierung angewandte Produktionskontrolle werden kann. Hat doch in Rußland eine falsche und verständnislose Anwendung gewisser Methoden der Produktionskontrolle zum Ruin vieler Betriebe und zur außerordentlichen Erschwerung der Sozialisierung geführt.

Aber so sehr sich die Kommunisten zunächst gegen den Kampf um die Sozialisierung gestraubt haben, sie kommen jetzt schon in Verlegenheit.

Die „Rote Fahne“ sucht bereits nach einem Rückzug. Sie wendet sich an die Bergleute und beginnt nach Kommunistenart mit einer „Schmuckkonturrenz im Radikalismus“. Wir wollen den Kampf um die Sozialisierung, die „Rote Fahne“ rät den Bergarbeitern, sie sollen für verkürzte Arbeitszeit und Lohnerhöhung kämpfen. Wir wollen endlich, daß unser revolutionäres Ziel in den Mittelpunkt gestellt und die Arbeiterklasse zum Kampf nicht für Reformen innerhalb des Kapitalismus, sondern für das Endziel aufgerufen wird. Diese Patentrevolutionäre spekulieren auf vielleicht vorhandene rüchständige Schichten, die für Lohnerforderungen und Arbeitszeitverkürzung leichter zu gewinnen sind, als für die Sozialisierung. Aber nachdem sie so ihren „Radikalismus“ bewiesen haben, fordern sie die Bergarbeiter auf, für die Sozialisierung des Bergbaus zu kämpfen.

Also wäre alles in Ordnung? Nein, den Kampf um die Sozialisierung sollen die Bergarbeiter nicht gegen das Kapital, sondern gegen die „opportunistischen, von vornherein verräterischen“ Führer führen. Dann wird — das ist aber kein Witz — aus der falschen Sozialisierung die einzig wahre und zugleich die früher gekennzeichnete Produktionskontrolle, Sechsstundentag und die Lohnerhöhung herauspringen.

Das ist die kommunistische Taktik! Zuerst der Versuch, die Arbeiterklasse vom Kampfe abzuhalten, und dann, wenn der Kampf unvermeidlich geworden ist, die Front des Proletariats zu zerplündern, statt Klassenkampf Führerhege zu treiben.

Dieses Mal wird es aber nicht gelingen! Kommt es erst zur Aktion, und diese ergibt sich unvermeidlich aus der politischen Situation, so wird die Arbeiterfront, unbetert durch die Jaghaftigkeit rechts und die Konfusion links, im Kampfe die Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit erkennen. Sie wird sie gegen alle Widerstände herzustellen und zu behaupten wissen, und das Nachgefühl, das daraus entstehen wird, bürgt uns dafür, daß der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaus zu einem wichtigen und bedeutungsvollen Abschnitt in der revolutionären Entwicklung werden wird.

## Die Orgeß in Leipzig

### Zwei Armeekorps bereit

Die „Leipziger Volkszeitung“ weist im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen der Chemnitzer „Volksstimme“ darauf hin, daß die Orgeß auch in Leipzig festen Fuß gefaßt hat. Dem sächsischen Minister des Innern, Herrn Kühn, ist bereits Ende August von unserer Partei belastendes Material übergeben worden. Die Nachprüfungen haben nicht nur die Richtigkeit bestätigt, sondern darüber hinaus noch neues belastendes Material zutage gefördert. Dieses Material lagert in den Schubfächern der sächsischen Regierung; die „Leipziger Volkszeitung“ hofft aber, daß es bald ans Tageslicht kommt und beschränkt sich einstweilen auf die Wiedergabe folgender Tatsachen:

In Leipzig ist Mitte Juli eine geheime militärische Organisation, die sogenannte Orgeß, gebildet worden. Mitglieder sind fast ausschließlich höhere Offiziere und Studenten aus sächsischen Verbindungen. Die Durchbildung der geheimen Organisation nach militärischem Muster ist dem Hauptmann Jakobson (Generalstabler) übertragen worden.

Die militärischen Leiter für Leipzig sind: Lt. Köhler, Sohn des Hofrats Köhler, Leipzig, Rechtsanwalt Dr. Dahlig, Robert-Schumann-Straße 2, Lt. Frenzel, Radensteinplatz 2, Lt. Langer, Petersstr. 30, 3 Tr., Lt. Winkler, Dr. Fahlberg, Pfaffenborfer Str. 12. Verbindung mit Dresden wird durch Major Helm, mit Chemnitz Oberlehrer Ebersbach, Gutenbergstr. 30, unterhalten. Hauptleiter für Leipzig ist Rats-

assessor Häuber, L.-Gohlis, Wölflstr. 12, 3 Tr. Derselbe ist auch Vorstandsmitglied des Bürgerrats für Sachsen.

Die Sitzungen der militärischen Geheimorganisation finden täglich in einer Leipziger Villa statt. Das Haus wird zu diesem Zwecke von Sicherungsposten umstellt, damit kein Unbefugter hineingelangt. Zwischen der Orgeß und der Reichswehr bestehen enge Beziehungen. Leutnant Ritter hält als Adjutant die Verbindungen aufrecht. Die für einen Putz in Betracht kommenden Kräfte sind nach militärischen Stammrollen registriert. Der Aufmarsch soll von Lager Zeitkain aus erfolgen. Dort werden Waffen, Munition, Schanzzeug und Lebensmittel bereitgehalten. Oberst Vermont, der sich nach dem Balkanabenteuer in Deutschland aufhält, während des Rapp-Putzches in Berlin wirkte, und jetzt in einer Villa bei Goslar im Harz wohnt, arbeitet mit den Orgeßleuten zusammen. Ihre Stärke im Freistaat Sachsen beträgt etwa zwei Friedens-Armeekorps. Der Orgeß sind eine Reihe militärischer Unterverbände angeschlossen, die nach außen hin unter dem Namen eines Sportvereins auftreten. Mit den früheren Freikorps, die jetzt hauptsächlich auf dem Lande untergebracht sind, werden gute Beziehungen unterhalten. Flugzeuge für Aufklärungsdienst und Bombenwerfer stehen zur Verfügung.

Als Anfang August in Jitzau Lebensmittelkrawalle stattfanden, sollte der Apparat in Bewegung gesetzt werden. Niederschlesien war bereits geheim alarmiert. Da die Organisation aber noch nicht fest genug war, wurde wieder zurückgelassen. Die „Leipziger Volkszeitung“ macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß alle Ableugnungsversuche, von welcher Seite sie auch kommen sollten, unwirksam sind. Das Wort hat nunmehr die sächsische Regierung.

## Offiziersversorgung

Wenn die Beamten die längst fällige, durch die zunehmende Teuerung vielfach überholte Regelung der Besoldung fordern, dann ertönt ein lautes Lamento über die Notwendigkeit des Sparsens. Wenn es sich indes darum handelt, den überflüssig gewordenen Offizieren der geschlagenen Heerhaufen Ludendorffs die Futtertröge zu füllen, dann ist des Eisens kein Ende und die Kosten spielen keine Rolle. So berichtet jetzt das Organ des Reichshundes der Kriegsbefehlshabenden über die Zustände in den Versorgungsämtern folgendes:

„Es jetzt sind zu Regierungspräsidenten bzw. Oberregierungspräsidenten im Versorgungsamt ernannt: 11 Generalmajore, 20 Obersten, 35 Oberleutnants, 47 Majore, 6 Hauptleute, 1 Fregattenkapitän, 1 Kapitän, 4 Geheime Kriegsräte, 13 Kriegsgerichtsräte. Das sind im ganzen 138 neue Beamte. Nach im Reichsarbeitsministerium selbst eingeholten Informationen sollen im ganzen im Versorgungsamt ungefähr 1000 oder Beamtentellen zu besetzen sein. Nach den bisherigen Ernennungen ist nicht daran zu zweifeln, daß man im Reichsarbeitsministerium die Absicht hat, weiter nach dem jetzt angewandten Schema zu verfahren. Es dürften dann mindestens 60 Proz. der höheren Beamten aus den Kreisen der ehemaligen Offiziere entnommen sein.“

Wir empfehlen diese Mitteilungen der Aufmerksamkeit des Herrn Reichsfinanzministers Wirth. Da er schon nichts anderes weiß, als das Gemälde nach Sparmaßstab, um dem Finanzplan Einhalt zu tun, so soll er sein Rezept wenigstens an der rechten Stelle anwenden. Aber auch für die Beamtenschaft dürften diese Zustände von Interesse sein. Es ist nicht notwendig, daß das geschlagene Offizierskorps seine Unfähigkeit noch einmal im zivilen Dienst beweist.

## Ausschreitungen in Tschechien

Wien, 30. Oktober.

Die Blätter erfahren über Prag, daß in Teplich und Reichenberg in Böhmen große Ausschreitungen tschechischer Legionäre stattgefunden haben. Danach wurden auf dem Teplicher Marktplatz vom Sockel des Kaiser-Josef-Denkmal herab Anreden gehalten und die Beseitigung des Denkmals gefordert. Blühlich drangen Legionäre unter dem Vorwande, von einem Fenster des alten Stadthauses aus würden die Vorgänge auf dem Marktplatz fotografiert, in das alte Stadthaus ein, rissen deutsche Orientierungstafeln herab, zerfügten Fensterscheiben, verlangten vom Amtsdirektor Auslieferung des Photographen und bedrohten ihn tödlich. Als der Bürgermeister eingreifen wollte, warfen sie ihn hinaus. Auch von Straßenbahnwagen wurden deutsche Ausschreitungen heruntergerissen.

In Reichenberg drang eine Gruppe von Legionären in das Rathaus ein, weil der Stadtrat eine Festveranstaltung der Legionäre vor dem Rathaus verboten hatte, welche die Staatshäuser später gestattete. Die Legionäre bedrohten den Bürgermeister und forderten von ihm den Schlüssel zur Rathausloggia; schreiend und drohend forderte die Menge ihn auf, tschechisch zu sprechen. Bürgermeister Dr. Bauer erklärte aber, daß Reichenberg eine deutsche Stadt sei. Die Menge bedrohte den Bürgermeister tödlich, bis er endlich auf Anraten eines tschechischen Abgeordneten erklärte, der Gewalt weichen zu müssen. Auch der Reichenberger Stadtrat erstreckte eine Kundgebung, in der er diese Vorgänge, die eine tiefe Erniedrigung der Deutschen bedeuteten, als für einen Rechtsstaat geradezu unerträglich bezeichnete und schärfste Verwahrung dagegen einlegte.

## Vertagung des Reichstages

Die gestrige Sitzung des Reichstages brachte nichts Neues. Der demokratische Abgeordnete Schiffer eröffnete den Reigen der Redner. Er fertigt die heftigen Anklagen Scheidemanns gegen Seede mit dem Hinweis ab, daß es doch keine Gewissen sei, der den von ihm jetzt so sehr befehdelten General von Seede an die Spitze der Truppen gestellt habe und auch später ist Schiffer in der Polemik gegen die Rechtssozialisten recht glücklich. Er verweist sie darauf, daß verantwortlich für die Politik einer Regierung die Mehrheit ist, die hinter ihr steht und nicht nur die Parteien, die sie bilden. Trotzdem erklärte später Hermann Müller, daß die Sozialdemokratie die Absicht habe, diese Regierung so lange am Ruder zu lassen, bis sie alle ihre Wahlversprechungen erfüllt habe. Er verweist später auf die von Ostpreußen drohenden Gefahren und fordert damit den Reichswehrminister Geyler zu einer seiner bekannten nichtsagenden Erwidrerungen heraus.

Zwischen den beiden Rednern hielt Däumig seine erste Rede im Reichstage. Sie enttäuschte das Bürgertum, weil sie die von diesem erhoffte Auseinanderlegung zwischen den sozialistischen Parteien vollständig vermissen ließ.

Darauf vertagte sich der Reichstag auf Donnerstag.

Die Unabhängige Fraktion des Reichstages hat in einer Fraktionsanhängung am Freitag einstimmig beschlossen, für die Autonomie Oberschlesiens einzutreten, gemäß den Grundfragen, die die Partei von jeher vertreten hat.

## Schutz gegen weitere Einbrüche

Nachdem die Neukommunisten wiederholt und jedesmal vergeblich versucht haben, in das Bureau des Zentralkomitees unserer Partei am Schiffbauerdamm einzubrechen, hat ihnen das Gericht jetzt auf die Finger geklopft. Auf Veranlassung unseres Zentralkomitees hat das Gericht, und zwar wegen des klaren Sachverhalts ohne mündliche Verhandlung, den Neukommunisten Edmüch, Hoffmann, Stoeder, Roenen, Gabel, Bertha Braunthal, Eichhorn, Kurt Geyer, Richard Müller, Martha Krensch, Schindler unter Androhung einer fiskalischen Strafe von 1500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung das Betreten des Räume unseres Zentralkomitees verboten.

## U R P D.

Den schwankenden Zustand ihres politischen Daseins zeigen die Neukommunisten dadurch an, daß sie jetzt den Namen U. R. P. D. mit Jähleiste für sich in Anspruch nehmen, während sie ihn von der Erlaubnis Sinowjews, ihn weiter führen zu dürfen, mit Spott und Hohn als Halbheit und Täuschung ablehnten. Aber ihre Annäherung an die U. R. P. D. ist doch nicht anzuhalten. Gestern erschien in der „Roten Fahne“ wieder einmal ein Aufsatz, der wiederum die Unterchrift auch der Däumig-Stoeder-Gruppe trägt, die aber diesmal mit U. R. P. D. bezeichnet ist. Das wäre ein treffliches Symbol der allmählichen Verschlebung hin zur U. R. P. D. und zugleich eine nette Vereinerung der blühenden politischen Anfangsbuchstabenkultur. Daneben hat es noch den Vorteil, daß unsere Freunde noch eine Zeitlang an ihren vier Buchstaben zu erkennen sind, bevor sie den vierten ablegen müssen. Oder sollte sich hier ein boshafter Scherz eines Scherz gemacht haben? Der Mann hätte damit nicht nur Sinn für Humor befunden, denn wir würden diese Bezeichnung ungemein passend finden. Die Leute um Adolf Hoffmann sollten dem Geyer dankbar sein, der sie durch seinen guten Witz aus ihrer peinlichen Verlegenheit wegen eines Namens gerissen hat. Im Namen der deutschen Arbeiterfront grüßen wie die U. R. P. D.

Revolutionsfundgebung. In der vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer für den 9. November, abends 7 1/2 Uhr, nach dem „Kammersälen“ einberufenen öffentlichen Revolutions-Fundgebung werden Heinrich Ströbel, Helmuth von Gerlach, Carl Vetter, Ignaz Wrobel und Arthur Zidler referieren. Für die Unkostenbedeckung wird an der Abendkasse eine Eintrittsgeldgebühr von 1 M. erhoben.

Eröffnung des belgischen Sozialistenkongresses. Sonnabend vormittag tritt der Sozialistenkongress zusammen. Die wichtigsten Fragen der Tagesordnung sind: Teilnahme an der Regierung, Parteizucht und internationale Politik.

Die zweite Internationale. „Der Volk“ meldet, daß der Volksausschuß der zweiten Internationale am 14. November in London eine Sitzung abhalten wird.

Zum Landrat in Schwelm ist der Genosse Dr. August Erdmann ernannt worden.

Auch eine sozialistische Partei. Der ehemalige „Vorwärts“-Verdichterstatter Emil Unger soll eine neue sozialistische Partei gegründet haben, die rechts von Scheidemann steht. Das Organ der Partei soll die Wilmersdorfer „Volkszeitung“ sein. Weiteres über diese seltsame Erscheinung ist in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt.

## Aus den Organisationen

### 10. Distrikt

Die am 26. Oktober bei Böttcher in der Schweblerstraße tagende Generalsammlung war außerordentlich stark besucht. Genosse Prager gab den Bericht vom Parteitag. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß durch das klare Ziel, das sich die Partei durch ihr Manifest gestellt hat, die Schärfe der Spaltung bald wieder ausgeglichen sein wird, wenn alle Genossen ihre Schuldigkeit tun. In einer Resolution sprach die Versammlung den Delegierten, die gegen die 21 Bedingungen gestimmt haben, das Vertrauen aus. Der Vorstand wurde ergänzt, familiäre Kommissionen neu besetzt. Der 10. Distrikt steht mit großer Mehrheit geschlossen hinter der U. R. P. D.

### Charlottenburg

Die Mitgliederversammlung am 29. Oktober im großen Saale des Volkshauses war sehr stark besucht. Genossin Sender gab den Bericht vom Parteitag und erteilte klärende Belehrung. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß es nach der reinlichen Scheidung endlich wieder möglich sei, in den Mitgliederversammlungen und Jahrelangen in sachlicher Weise zu diskutieren. Die Versammelten waren einmütig der Ansicht, daß durch Arbeitsfreudigkeit aller Genossen die große Massenpartei der U. R. P. D. zum besten des gesamten Proletariats weiter bestehen wird. Die Wahlen ergaben: Vorsitzende: Zaim, Rinkowski, Schriftführer: Kiefer, Rißke; Kassierer: Witt, Liebich; Revisoren: Habermann, Weinert, Gutsmid, Genossin Wiegmann.

12. Distrikt. Am letzten Donnerstag fand nach der Trennung die erste, sehr gut besuchte Generalsammlung statt. Genosse Barth berichtete über den Parteitag. Besonders scharf ging er den terroristischen Methoden der russischen Kommunisten, die sie auch uns zur Nachahmung empfehlen, zu Leibe. In der nächsten Generalsammlung sollen die Neuwahlen vorgenommen werden.

Der Ortsverein Marienfelde nahm am Donnerstag in einer Mitgliederversammlung den Bericht vom Parteitag entgegen. Genosse Kille betonte, daß wir in Zukunft die tauereren Anforderungen, wie die Sozialisierung des Bergbaus, in den Vordergrund stellen müssen. Da kein Funktionär und nur wenige Mitglieder zu den Neukommunisten gegangen sind, kann festgestellt werden, daß die Ortsgruppe geschlossen zur U. R. P. (Crispien-Lebehaus) steht.

# Entwaffnung der Weißgardisten

## Eine Note der Ententekommission

Die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Orgeß hat, wie in der gestrigen Abendpresse berichtet wird, den Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission, General Rollet, veranlaßt, an die deutsche Regierung eine Note zu richten, in der darauf hingewiesen wird, daß die Selbstschutzorganisationen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages hätten aufgelöst werden müssen, da sie im Widerspruch mit den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages ständen. In der Note heißt es, daß das Bestehen solcher Selbstschutzorganisationen in Bayern sogar öffentlich — und zwar beim Königschießen — befundet worden wäre, ebenso auch in Bremen, wo sie trotz ausreichender Anwesenheit von regulären Truppen Anwendung fanden. Die Note betont, daß die Selbstschutzorganisationen nach der Entwaffnungsverordnung der deutschen Regierung zwar verpflichtet seien, die Waffen zum 1. Oktober abzugeben, daß ihre Ablieferung aber erst an einem später zu bestimmenden Zeitpunkt zu erfolgen hätte. Die Befugnis darüber läge in den Händen des Entwaffnungskommissars, dessen Vollmacht am 10. März erlosch. Ein solcher Ausschluß sei jedoch mit den Bestimmungen des Entwaffnungsabkommens von Spa nicht zu vereinbaren. Darin sei die Auflösung der Selbstschutzorganisationen besonders gefordert worden, und deshalb verlange die interalliierte Kontrollkommission, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen zur Erfüllung dieses Abkommens treffe. Die Note schließt mit einer Anfrage an die deutsche Regierung, was nun in der Frage der Selbstschutzorganisationen geschehen werde, und ob die deutsche Regierung gewillt sei, die Auflösung und Unterdrückung solcher Organisationen sicherzustellen.

Die hinterhältige Taktik der Reichsregierung hat es nun glücklicherweise so weit gebracht, daß der Vertreter der interalliierten

Kontrollkommission in einer offiziellen Note Anklagen gegen die deutsche Regierung erheben darf, die die Politik Deutschlands auf das ärgste bloßstellen und die von General Rollet erhobenen Forderungen durchaus rechtfertigen. Die Richtigkeit der in der Note angeführten Tatsachen läßt sich nicht abstreiten: die Vorgänge in Bayern und Ostpreußen, die neuesten Enthüllungen in Chemnitz, die mit jedem Tage deutlicher hervortretenden Absichten der weißgardistischen Organisationen, nicht nur den Bürgerkrieg im Lande zu entfesseln, sondern auch die Grundlage für einen Krieg gegen die Entente zu schaffen — all das spricht eine zu berebete Sprache, als daß man mit den bekannten Lügen und Beschönigungen über diese Tatsachen hinweggehen könnte.

Sollte die Regierung erneut diesen Weg beschreiten wollen, so wird sie den traurigen Ruhm, die Helfershelferin und Beschützerin der Orgeß und anderer reaktionärer Stoßtruppen zu sein, vor aller Welt nur noch deutlicher dokumentieren. Diese Haltung der Regierung steht nicht nur in schärfstem Gegensatz zu den in Spa übernommenen Verpflichtungen, sie weist auch den heftigsten Widerspruch und die Empörung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, die in den weißen Gardien eine ständige Bedrohung des inneren und äußeren Friedens des Landes erblickt. Jeder Versuch der Regierung, erneut der Lösung der Entwaffnungsfrage auszuweichen und die Orgeß usw. als „harmlose“, „verfassungstreue“ Organisationen darzustellen, würde die heftigste Opposition der arbeitenden Massen auslösen. Sie würde auch die äußere Lage des Reiches ungemein erschweren, denn die unverkennbare Absicht, die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Auflösung der sogenannten Selbstschutzorganisationen zu sabotieren, dürfte kaum ohne entsprechende Gegenmaßnahmen der Entente bleiben.

# Klassenkampf in England

## Der Bergarbeiterstreik

Von unserem Londoner Korrespondenten.

K. London, 20. Oktober 1920.

Die englischen Bergarbeiter haben mit einem Schläge alle Probleme der britischen Politik in den Hintergrund gerückt. Das Chaos und der Bürgerkrieg in Irland, der Friede mit Rußland, die Wiedergutmachungs-Verhandlungen mit Frankreich und Belgien, die polnische d'Annunziade in Litauen, die Spannung in Indien, der stille Käuferstreik ungeachtet der fallenden Preise, die steigende Arbeitslosigkeit — all diese größeren und kleineren Sorgen verstummten für eine Weile. Ganz England lauscht mit verhaltenem Atem der Totenstille in den Kohlenruben. 1 200 000 Bergarbeiter legen die Arbeit nieder.

Der Konflikt zieht sich schon seit drei Monaten hin. Eben darum kam der Ausstand überraschend. Das große Publikum glaubte, daß beide Teile keinen Kampf wünschen und daß ein Kompromiß gefunden werden wird. Hier steckt aber der Irrtum. Die Regierung Lloyd George's wollte den Kampf. Auch große Teile der Bourgeoisie suchten nach einem Vorwand, um ihre Fabriken schließen zu können und sich derart der Überproduktion zu entledigen, auf Kosten des Proletariats. Darum ist der Kampf unvermeidlich geworden.

Zwei Momente sind in der Entwicklung des Konflikts besonders kennzeichnend. Zunächst die Tatsache, daß die Bergarbeiter die Forderung zurückzogen, den Preis der Hausbrandkohle um 14 Sh. 2 d. pro Tonne zu vermindern, und sich auf die bloße Lohnerhöhung von 2 Sh. pro Tag beschränkten. Die Regierung erklärte, daß die Regelung des Kohlenpreises, da die Bergwerke unter ihrer Kontrolle stehen, Sache des Parlaments sei. Die Forderung sei demnach eine politische. Die Nachgiebigkeit der Bergarbeiter-Föderation in diesem Punkte mußte die Solidarität der Konsumenten mit der Sache der Arbeiterschaft schwächen, aber ihre Haltung beweist, daß die Föderation sich wohl gehütet hat, ihrem Kampfe eine politische Färbung zu geben.

Ferner ist die Entschiedenheit bedeutsam, mit der die Arbeiter den Vorschlag der Kohlen-Magnaten und ihres Mandatars, der Regierung ablehnten. Der Vorschlag ging dahin, den Lohnzuschlag nach der Höhe der Kohlenproduktion abzustufen. Er wurde in der Urabstimmung vom 11. und 12. Oktober mit einer Mehrheit von 635 000 gegen 181 000 Stimmen verworfen, während der Streik selbst in der Urabstimmung vom Ende August mit einer kleineren Mehrheit beschlossen wurde. (Mit 606 000 gegen 238 000 Stimmen.)

Die Haltung der Bergarbeiter bedarf keiner weiteren Erklärung. Sie ist ein Beweis mehr dafür, wie gut sie ihre Interessen und ihre Stellung im Betriebe einer kapitalistisch organisierten Industrie verstehen. Die Arbeiter können ihre Lebenshaltung nicht von einem Faktor abhängig machen, auf den sie keinerlei Einfluß ausüben. Die in den Ruben geförderte Kohlenmenge hängt nicht bloß von der individuellen Leistung der Arbeiter ab, wie die Regierung es gern darstellen möchte, sondern von der gesamten Organisation der Industrie. Und diese ist völlig in den Händen der Grubenbesitzer. Es ist eine Tatsache, daß die Kohlenbergwerke erheblich desorganisiert sind. Es fehlen Arbeitsmittel und Wagen, um die geförderte Kohle fortzuschaffen. Es fehlen Geleise, es fehlt Holz, und die Arbeiter müssen oft tagelang müßig bleiben. Außerdem besteht ein begründeter Verdacht, daß die Grubenbesitzer die Arbeit sabotieren. Schon vor 1½ Jahren, als die Sankey-Kommission die Nationalisierung der Kohlenbergwerke und deren gemeinsame Verwaltung durch den Staat und die Arbeiter empfohlen hatte, hörte man von den Kohlenbaronen, daß sie gar kein Interesse an der Erhöhung der Produktion haben, solange die Zukunft der Kohlenruben nicht entschieden ist. Seit jener Zeit verkommen die Anklagen der Arbeiterschaft nicht, daß die Bergwerkbefitzer die Produktion verringern, um die Bergarbeiter als Müßiggänger und Faulpelze zu diskreditieren und damit die Sympathien der Öffentlichkeit zu beeinflussen. In der letzten Zeit wird immer häufiger auf die Tatsache verwiesen, daß die Grubenbesitzer zunächst die schwersten und minderwertigsten Schichten bearbeiten, die solange rentabel sind, als der Kohlenpreis durch die Regierung garantiert wird. Die leichteren und ergiebigeren Schichten werden für die Zeit der Abschaffung der Regierungskontrolle referiert, wenn die Preise voraussichtlich sinken werden. Sogar Lloyd George leugnet dies nicht.

Wie können nun die Bergarbeiter, ohne jeglichen Einfluß auf den Arbeitsprozeß, selbst nur blinde Werkzeuge einer reinen Profitwirtschaft, die Verantwortung für den Produktionsvertrag übernehmen und ihre Lohnhöhe davon abhängig machen! Dazu kommt die Angst, daß bei intensiver Produktion die Bergarbeiter die Früchte ihres Fleißes nur kurze Zeit genießen würden. Denn sobald Überproduktion eintritt, würden sie das Schicksal der Motorarbeiter in Coventry und der Schuhmacher in Northampton teilen, die gegenwärtig zu Tausenden arbeitslos sind, weil sie zu viel und zu fleißig produzierten. Derselbe Staat, der von ihnen mit solchem Nachdruck Mehrarbeit verlangt, wird sie während der Produktionskrise mit einer Unterstützung von 15 Sh. pro Woche abfertigen, die eben gerade ausreichend ist, um Hungers zu sterben.

Aus all diesen Gründen wurde der Leistungsvorschlag mit einer so gewaltigen Mehrheit abgelehnt. Dies ist geschieden, trotzdem hervorragende Arbeiterführer die Annahme des Kompromisses als eines Provisoriums für drei Monate empfohlen hatten. Besondere Sensation hat es hervorgerufen, daß Robert Smillie den Arbeitern diesen Rat erteilte. Wie? Der große Vorkämpfer der Nationalisierung der Kohlenruben und ihrer gemeinsamen Verwaltung durch Arbeiterschaft und Staat, Smillie, konnte auch nur für einen Augenblick auf den Vorschlag eingehen, „mehr Lohn für mehr Arbeit“, anstatt den Ausbeutern und ihrem Exekutivorgan, der Regierung, zu antworten: „Keine Mehrproduktion ohne vergrößerte Arbeiterkontrolle“. Die Tatsache bleibt aber, daß Smillie diesen Rat gab und dafür von der gesamten kapitalistischen Presse in lauten Tönen gelobt wurde. Nun nützt die Regierung die Tatsache aus, daß eine nicht geringe Anzahl der Führer gegen den Streik war, um gegen die streikenden Bergarbeiter Stimmung zu machen. Smillie, im Bewußtsein, daß seine Erklärung die Kampfsposition der Bergarbeiter zu schwächen geeignet ist, wollte bei der letzten Konferenz zurücktreten. Aber die Vertreter der Bergarbeiter haben ihr unerschütterliches Vertrauen zu ihrem „großen und edlen Genossen“, wie Lansburg Smillie nannte, in so überwältigender Weise zum Ausdruck gebracht, daß Smillie seine Rücktrittsabsichten aufgeben mußte.

Woher aber seine Neigung, den offenen Kampf zu vermeiden? Darüber sind nur Vermutungen möglich. Man sagt, daß die Bergarbeiter für einen langwierigen Streik finanziell nicht vorbereitet sind. Die Größe ihrer Fonds — die Gewerkschaften in jedem Distrikt haben ihre eigenen Fonds und Unterstützungs-Regeln — wird natürlich geheimgehalten. Aber man nimmt an, daß die Streikunterstützung, von circa 1 Pfund Sterling pro Woche, für 6-8 Wochen ausreichen dürfte. Die Kohlenreserven im Lande sollen hingegen für drei Monate genügen. Die Einstellung einer Anzahl von Betrieben mit Zehntausenden von Arbeitern schon in der ersten Streikwoche beweist freilich, daß dem nicht so ist, und es wird schon zugegeben, daß nach zwei Wochen außer den Bergarbeitern noch eine weitere Million Arbeiter, infolge der Einstellung ganzer Industrien arbeitslos werden wird. Dabei gab es schon vor dem Streik mehr als eine halbe Million Arbeitslose in England. Aber wie groß die Fonds der Bergarbeiter auch sein mögen, ein großer Teil ihrer Mittel ist in Wertpapieren investiert. Es rächt sich jetzt an den Bergarbeitern insbesondere ihre Kriegsbeteiligung. Smillie selber, als treuer Internationalist, war bekanntlich von Anfang an ein entschiedener Kriegsgegner. Die Gewerkschaft jedoch investierte große Beiträge in Kriegsanleihen. Nunmehr, wahrheitsgemäß auf einen Wink der Regierung, lehnen es die Banken ab, diese Wertpapiere zu realisieren oder zu beleihen. Man vermutet, daß

## Neue Leser

für die „Freiheit“, sind neue Mitkämpfer für die Partei. Deshalb, Parteigenossen, werbt unablässig für das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Freiheit“

dies eine der Ursachen ist, warum ein Teil der Bergarbeiterführer bemüht war, den Streik zu vermeiden.

Der zweite Beweggrund ist der, daß der Kampf der Bergarbeiter, wenn er länger dauert, den Eintritt des gewerkschaftlichen „Dreibundes“, und in weiterer Folge den Generalstreik nach sich ziehen muß. Aber auch in dem Falle, wenn er den Arbeitern die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen bringt, würde er die Fonds der Gewerkschaften sehr schwächen, und durch die von ihm erzeugten unvermeidlichen Leiden das sogenannte Publikum, d. h. die großen, nicht aufgeklärten Volksmassen, die ihre politische Bildung aus der Northcliffe-Presse schöpfen, gegen die Arbeiterpartei erbittern. Appelliert dann die Regierung an das Volk und schreibt Neuwahlen aus, so würden diese nur die Position von Lloyd George verstärken.

Aber gerade aus diesen Gründen nahm Lloyd George eine absolut unnachgiebige Haltung ein. Er wollte den Streik. Dabei spielt die Absicht eine Rolle, durch einen großen sozialen Konflikt die allgemeine Aufmerksamkeit von Englands eiternden Wunden abzulenken, von dem Bakterien seiner Gewalt- und Pogrompolitik in Irland. Außerdem ist es kein Geheimnis, welche ausschlaggebenden Einfluß auf diese Regierung die großkapitalistischen Scharfmacherkreise haben, die vor der wachsenden Macht der Trade Unions eine immer größere Angst kriegen und eine Gelegenheit suchen, um den anmaßend gewordenen Lohnsklaven eine Lektion zu erteilen.

In seiner demagogischen Art bemüht sich nun Lloyd George, die Lohnfrage nicht in den Mittelpunkt des Kampfes zu rücken. Denn es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Lohnforderungen der Bergarbeiter berechtigt sind. Der Tagelohn eines erwachsenen Bergarbeiters ist von 7 Schilling, 1 Pence, im Jahre 1914 auf 18 Schilling, 3 Pence im Jahre 1920 gestiegen, oder um 157 Prozent, während die Lebensmittel-Kosten in der gleichen Zeit um 165 Prozent verteuert wurden. (Der Durchschnittslohn in der Bergwerks-Industrie ist sogar nur um 154 Prozent gestiegen.) Die Lebenshaltung der Bergarbeiter ist also jetzt niedriger als vor dem Kriege. Die Regierung kann natürlich nicht eingestehen, daß es in der Tat ihr Zweck ist, den Lebensstandard der englischen Arbeiterschaft herabzudrücken. So verlegt Lloyd George seinen Hauptangriff auf das Gebiet der Produktion.

Die Höhe der Kohlenproduktion ist eine Lebensfrage für England. Sie ist für die Herstellungskosten seiner wichtigsten Industrie-Erzeugnisse bestimmend, während die Kohle überdies eines der kostbarsten Austauschgüter des Landes bildet. Nun fällt die Kohlenproduktion seit Jahren ununterbrochen. Die Jahresförderung ist von 287 Millionen Tonnen in der Zeit vor dem Kriege auf 232 Millionen Tonnen entsprechend der Leistung im 2. Vierteljahr 1920 gesunken. Zum Teil ist dies auf die Einführung des 7tündigen Arbeitstages zurückzuführen. Aber nicht gänzlich. Hodges, der Sekretär der Bergarbeiter-Gewerkschaft, hat vor der Sankey-Kommission berechnet, daß die Produktion gegenwärtig 248 bis 250 Millionen Tonnen betragen müßte. Die Taktik von Lloyd George geht nun dahin, die Verantwortung für die Verringerung der Produktion, für die erhöhten Kohlenpreise und damit für die Teuerung im allgemeinen, ebenso für die Reduzierung des Kohlenexportes und ihrer Folge, — der Verschlechterung der englischen Währung und des englischen Kredits — auf die Bergarbeiter abzumwälzen. Diese Taktik kann jedoch nur den vorübergehenden Erfolg haben, die Öffentlichkeit gegen die Bergarbeiter aufzuklären.

Wird der Kampf bis zu Ende geführt, dann muß es dahin kommen, daß die Arbeiter die Forderung der Produktions-Kontrolle in den Vordergrund rücken. Und in der Tat, kaum hat der Streik begonnen, ist es klar geworden, daß die von der Regierung und den Grubenbesitzern gewählte Kampfstellung gar nicht so stark ist, wie sie vermutet hatten. Denn schon fühlen sie, daß es ihnen vielleicht gelingen könnte, die Bergarbeiterföderation zu brechen, die Lebenshaltung des englischen Proletariats herabzudrücken, aber sie können die Bergarbeiter nicht zwingen, mehr zu produzieren. Je erbitterter der Kampf, umso geringer die Hoffnung, aus den Arbeitern die fehlenden 55 Millionen Tonnen Kohle herauszuschlagen. Die Lloyd George'sche Taktik erbittert nur die Unfähigkeit des kapitalistischen Regimes, das Produktionsproblem zu lösen.

Ebenso kann seine zweite Kampfstrategie, einen allgemeinen Streik zu provozieren, den Gewerkschaften eine Nieder-

lage zu bereiten und sich die Herrschaft durch Neuwahlen zu sichern, nur Geister heraufbeschwören, die er dann nicht loswerden kann. Ein Sieg der herrschenden Koalition würde nur zu einer weiteren Diskreditierung der politischen Demokratie und des Parlamentarismus in England führen. Denn man kann dieses Land nicht gegen den Willen von 6 Millionen organisierten Arbeitern, die in Wirklichkeit 30 Millionen Seelen, oder zwei Drittel des Volkes sind, regieren. Gelingt es Lloyd George wiederum, wie im Jahre 1918, das Volk mit „stunts“, Sensationen, populären Justierungen und dergleichen Mitteln zu blenden, so würde er damit nur die Krise der bürgerlichen Demokratie tiefer verschärfen und den Widerspruch zwischen dem wirklichen Kräfteverhältnis im englischen Volk und seiner politischen Vertretung vertiefen. Lloyd George, die Hoffnung der herrschenden Klassen Englands, wirkt in seinem Uebermut systematisch darauf hin, ihren Sturz zu beschleunigen. Der Beschützer des Privateigentums und der „privaten Initiative“, trägt er mehr als die sozialistischen Parteien dazu bei, die großen konservativen Trade Unions mit einem neuen, revolutionären und sozialistischen Geist zu erfüllen.

Die englische Bourgeoisie hat gleich am Kampfbeginn vor ihrer eigenen Courage Angst bekommen. Der Traum, die Arbeiterbewegung zu zerstören, zerrann bei der ersten Berührung mit der Wirklichkeit. Lloyd George's kampflustiger „Appell an die Nation“, gleich am Ausbruch des Streiks, hat wenig Anklang gefunden. Der Ton der bürgerlichen Presse, einschließlich der erzkonservativen „Morning Post“, ist ein zurückhaltender. Man merkt wenig von der hohlerfüllten Wut und dem „Kampf-bis-zum-Ende-Geist“ wie beim vorjährigen Eisenbahner-Ausstand. Man hat augenscheinlich Furcht vor den Wirkungen des Bergarbeiterstreiks, vor den revolutionären Funken, die die Arbeitslosigkeit von Millionen Proletariern auslösen kann. Man hat wenig Vertrauen in den Offenstgeist, mit dem Lloyd George wie üblich paradiert. Das vorläufige Ergebnis des Streiks ist keine Verstärkung der Position der Regierung. Man wünscht Frieden und erwartet die Vermittlung . . . von den anderen Gewerkschaften.

Diese Erwartung ist nicht grundlos. Gewiß, es besteht in der Arbeiterschaft eine Strömung, den Kampf auf die Spitze zu treiben und den Kapitalisten die Macht der englischen Arbeiterbewegung zu zeigen. Die Eisenbahner unter Cramp's Führung, die noch seit dem vorigen Jahre ihre Rechnungen mit der Regierung haben, sind für den Eintritt in den Streik, um ihre Scharte auszuweihen. Teile der Transportarbeiter — Straßen- und Hasenarbeiter — haben ihre Lohnforderungen und zeigen nicht wenig Lust, ihre Aktion mit derjenigen der Bergarbeiter zu vereinigen. Kurz, es ist möglich, daß der in der nächsten Dreißig und zum ersten Male Gelegenheit haben wird, eine gewaltige Macht zu demonstrieren. Das bedeutet in letzter Linie den Generalstreik. Aber ebenso ist es sicher, daß die Mehrheit der Führer diese Generalstreik vermeiden will. Sie sehen wohl den Anfang, nicht aber das Ende. Sie sind im Zweifel, ob sie instande sein werden, die ungeheuren revolutionären Kräfte zu beherrschen, die durch diesen wirtschaftlichen Zusammenstoß hervorgerufen werden. Die Bewegung wird über ihre Ziele hinausgehen müssen. 3 bis 6 Millionen Arbeiter werden nicht für einen Lohnzuschlag von 2 Schilling pro Tag oder für einen Minimallohn von 4½ Sterling pro Woche streiken. Die Ziele und Lösungen werden mit der Bewegung wachsen. Die englische Arbeiterbewegung ist ein Rieser, der sich nicht einschließen kann, seine Kräfte zu gebrauchen. Die englische Bourgeoisie versteht es wohl, die Selbstbeherrschung und Vorsicht der Arbeiterführer auszunutzen. Aber auch deren Neigung zu Kompromissen hat ihre natürlichen Grenzen: das Vertrauen der Massen, sowie die Ehre und Macht der Gewerkschaftsbewegung.

Man kann nicht sagen, daß die englischen Arbeitermassen revolutionärer sind als ihre Führer, eher ist es umgekehrt. Aber derartig große Massen, in Bewegung gesetzt, müssen eine enorme lebendige Kraft entwickeln. Die englische Arbeiterbewegung ist das merkwürdige Beispiel einer proletarischen Bewegung ohne sozialistische Grundzüge, die empirisch, durch die zwingende Logik des Lebens, zum Sozialismus gelangt.

## Die belgische Bergarbeiterbewegung

Brüssel, 23. Oktober.

Die Bergarbeiter im Borinage, im Zentrum und im Süden von Lüttich haben sich dahin entschieden, sich der Forderung der Bergarbeiter des Beckens von Charleroi nicht anzuschließen.

## Die Löhne im Ruhrkohlenbergbau

Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches

Berlin, 30. Oktober 1920.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung die vom Reichskohlenverband kürzlich beschlossene Erhöhung der Preise für Steinkohle beanstanden hatte, hat der Zeichenverband den Schiedspruch über die Regelung der Löhne im Ruhrkohlenbergbau vom 19. Oktober 1920 abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat hierauf den Schiedspruch nach der Demobilmachungsgesetzordnung vom 12. Februar 1920 für verbindlich erklärt, zugleich aber betont, daß damit dem Bergbau außerordentliche Lasten auferlegt werden, deren Tragung nur möglich sein wird, wenn alle am Produktionsprozeß Beteiligten mit vollen Kräften und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten an der Verringerung der Produktionskosten mitwirken.

Auch dieser Hinweis auf die „außerordentlichen Lasten“ ist angehts der andauernden Riesengewinne der Grubenherren gänzlich überflüssig und irreführend. Wir verstehen nicht, wie das Reichsarbeitsministerium und seine „nachgeordneten“ Stellen alle Amtshandlungen mit milden Mahnungen vertauseln muß. Und was die Verringerung der Produktionskosten angeht, so kann doch auch dieser Appell nur an die Unternehmer gerichtet sein. Das sollte man doch unumwunden ansprechen wagen.

## Gudrun Hildebrandt bei Zielka

Gudrun Hildebrandt, die vielgeleitete Junge Tänzerin, die noch vor einigen Jahren im Staatstheater als Wandflut das Publikum entzückte und nun durch ihre große Kunst und Grazie und ihre elementäre Schärfe einen Wirtus erworben hat, wird mit Beginn der kommenden Monats November im Städtischen Theater die Freunde und Kennr der Zauberwelt mit ihren Darbietungen erfreuen. Besonders interessant werden ihre neuesten Tanzsophistiken sein, die das Beste mit der besten ihrer Kunst verbinden. Gudrun Hildebrandt wird im Städtischen Theater am Samstag im Café bei der Orchesterkonzerten und abends im Margaretenaal ihre große Kunst zeigen.

# Fabelhaft billig

## Oberhemden

vorzügliche Zephestoffe, moderne Streifen, mit Umschlag- oder festen Manschetten, sehr gute Verarbeitung

98.50

## Strickbinder

moderne Streifen in großer Auswahl, wirklich gute Qualitäten

17.50

## Oberhemden

prima Zephestoffe, feinfarbig gestreift, beste Verarbeitung, mit Umschlag- oder festen Manschetten

108.50

## Herren Beinkleider

aus schweren Bukskin-Stoffen, hübsche dunkle Streifen, halibare Qualitäten . . . 58.50

## Damen-Mäntel

schön, dunkle, flauschartige Stoffe, in bordeaux, braun oder grün, offen oder geschlossen zu tragen 128.00

# JANDORF

Belle-Alliance-Straße  
Große-Frankfurter-Str.  
Brunnenstraße

Kottbuser Damm  
Charlottenburg  
Wilmsdorfer Straße

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist  
Mit freiem Schlüsselabonnement

## echter Hoost-Dreibohnenkaffee

M. Hoost, Berlin C25, Prenzlauer Str. 46  
Keibel-Straße 11 .. Alexander 1470

### Theater und Vergnügungen

#### Volksbühne

7 Uhr: Kathchen von Heilbrunn

#### Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: Major Barbara

#### Staatstheater

8 Uhr: Ritter Blaubart

#### Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Die Räuber der Pandura

#### Großes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Der Mann im Mond

#### Königsgräber Str.

7 1/2 Uhr: Die Cady mit Velle

#### Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Der letzte Wälder

#### Walhalla-Theater

7 1/2 Uhr: Der lustige Witwer

#### Rose-Theater

7 1/2 Uhr: Die Ratten

#### Trianon-Theater

7 1/2 Uhr: Der Mann eine Frau

#### Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Die Freundin

#### Neues Opernhaus

7 1/2 Uhr: Die Silphobioness

#### Sp. am Kolonnenplatz

7 1/2 Uhr: Wenn Liebe erwacht

#### Lessing-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Deutsches Kunst-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Apollon-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Königsstadt-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Walhalla-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Neues Opernhaus

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

#### Sp. am Kolonnenplatz

7 1/2 Uhr: Die Schindlerfamilie

## SCALA

LUTHERSTR. 22-24  
DIE VARIETE-BÜHNE GROSS-BERLINS

3000 nummerierte  
sitzplätze von 3 m. an

Eröffnung  
Dienstag, den 7. November 7 1/2

Das Programm der  
Ueberraschungen

Vorverkauf an der Tageskasse von 10-2 Uhr

Ausschneiden!!  
gültig nur bis 14. November 1920.

Sondervergünstigung  
nur für die Leser der „FREIHEIT“

Residenz-Theater  
Sonntag, den 31. Okt. 4 Uhr  
Die Freundin

Trianon-Theater  
Sonntag, d. 31. Okt. 4 Uhr  
Der Roman einer Frau

Ausschneiden!!  
Dieser Schein gewährt zu allen oben angezeigten Vorstellungen die Entnahme von 1-6 Stücken im Parkett und 1 Platz zum bedeutend ermäßigten Preise. Die Ermäßigung beträgt die Hälfte des Kassapreises. Die Ausgabe wird durch die Hälfte des Kassapreises am Tage der betreffenden Vorstellung 1 Stunde vor Beginn.

METROPEL  
12 Attraktionen

Pelz  
Zahlungsvereinfachung  
Lalpestr. 58

Mancherdank!  
Das höchste Mittel, das Kranken ganz od. teilweise erkrankten Wirkung verschafft. Anweisung anfordern. 10. Post. 10. Erg. 10. München R. 23, Rosenstraße 2.

Briefmarken, Münzen  
kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
Nordend 1062L

## Central-Theater

Alte Jakobstrasse 30-32 gegenüber der Reichsdruckerei

Haben Sie die Operette „Das Schwarzwaldbädel“ gesehen? Dann müssen Sie auch „Das Schwarzwaldbädel 2. Teil“

Frau Bärbel  
Operette in 3 Akten von Josef Sanga  
Umfang 7 1/2 Uhr

Ausschneiden!  
Besondere Vergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“  
Gültig nur an Wochentagen für 1-4 Personen!

Riefige Preise  
sahlt stets für alle, auch zerbrochene  
Gebisse  
Gold, Silber, Platinbruch  
nur Carl Witting, Kommandanten-Strasse 30  
Laden, 2. u. v. Heringstr. Spittelmarkt u. Spittelplatz  
Abgabegeld für Händler u. Dentisten

Möbel  
geraue der u. Teilzahlung  
herabgesetzte Preise  
Bücher 10- und Buchdruck  
Landwehr,  
Hauptstr. 7 (Hilberstr.)

Achtung Viehhalter!!!  
Porellheit kaufen Sie Ihren Bedarf an Futtermitteln  
jeder Art in unseren Verteilungshallen bei der Spezialfirma Haberling  
Tempelhof, Privatstr. 2, Ringbahn,  
gegenüber Postamt.  
Kornbühl, Lohstr. 1, am Oberhafen,  
Große Frankfurter Str. 41.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
Gebisse  
S. DEGEN, Linienstraße 77  
am Potsdamer Tor.

Kapitän-Kautabak  
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen  
durch die bekannten Großhändler  
G. Müller, Berlin, Lindenbrunnstr. 22. Tel. 5501.

Möbel-  
Ausstellung  
in 100000  
Gegenüber dem  
Weltunterhalt

Expon. v. porzellan, schlar-v. wozzime, wassers, dielen, fäden  
in acht eindruckung  
Zehnergruppen ab 1.100.  
8 Ede-Mann  
A. DAMITT  
Resenthaler  
Straße  
46-47

Kreuz-, Alaska-,  
Silber-Püschel  
Damenpelz tragen von 10  
Männern tragen von 10  
Preis ab 100 Mark  
von 120 Mark  
Herrenpelz ab 60 Mark  
bei Estrich, überall  
verfügbare Größen  
in großer Auswahl

Pelzwaren  
A. Klass & Co.  
Harknitzer Markt  
Rosenstraße 51, 40-41.

Westmann  
1. Geschäft: Berlin W,  
Mohrenstraße 37a  
2. Geschäft: Berlin NO,  
Gr. Frankfurter Str. 115

## Rajanol- Hautcreme

vornehm parfümiert, nicht  
fettend, macht die Haut  
glatt und weich. Einz. Porzellan-  
dose 7,50 M., Tube 3 M.

In haben in Drogerien und  
Parfümerien, wo nicht, vom  
Hersteller:

Dr. Oberl. Bismarck  
Hauptstr. 1, Oberhafen, 555

Pistolen  
und Jagdmesser kaufen  
F. W. Vandroy & Co.  
Gemeinschaft  
Berlin, Lindenstraße 90

Futtersyndikat  
Charlottenburg, Potsdamerstr. 65.

Ausnahmepreise!  
Kriegsanleihe wird zu 3 1/2 % in Zahlung genommen.

156, 212, 279, 354  
Mokige, gediegene Ulster, glatt und kariert

412, 580, 675, 738  
1a Astrachanmäntel gefüttert, Mohär-Krimmermantel

715, 942, 1094, 1495  
Püschmäntel in erstklassiger Ausführung, Sealpüschmäntel

3975, 4900, 5800, 7145  
Echte Pelzmäntel, beste Felle

51-390 44-276  
Trikot-Jacken Stoffröcke

185, 245, 315, 465  
Entzückende Kostüme

Westmann

1. Geschäft: Berlin W,  
Mohrenstraße 37a  
2. Geschäft: Berlin NO,  
Gr. Frankfurter Str. 115

# Deutscher Reichstag

23. Sitzung, Sonnabend, 30. Oktober 1920.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Heinze, Simons und Geisler.

Schiller: Immer und immer wieder müssen wir Protest gegen den Friedensvertrag erheben. (Sehr richtig!) Europa kann nur gefunden, wenn kein so wichtiger Teil wie Deutschland daneberliegt. In seiner heutigen Gestalt ist der Völkerverbund zum Gespött der Welt geworden. An den englischen Schwierigkeiten in der inneren und äußeren Politik freuen wir uns nicht, hoffen aber, daß die Verhältnisse England zur wohlwollenden Einsicht gegenüber Deutschland bringen, wovon man in Spa noch nichts merkte. (Sehr richtig!) Zur inneren Politik übergehend wendet sich Redner dann gegen die Angriffe Scheidemanns gegen den Reichswehrminister und das Offizierskorps. Die Autonomie Oberschlesiens ist eine Notwendigkeit. Die Ausführungen des Grafen Westarp liegen die nötige Verantwortung manchmal vermissen. (Sehr gut!) Zur Sozialisierung ist zunächst eine nähere Klärung des Begriffes notwendig, wie der Sozialist Wissell selbst in Kassel betont hat. Wir sind durchaus für eine stärkere Anteilnahme der Arbeiter und Angehörigen neben dem Unternehmer, um so die Produktivität und die Freude der Arbeiter am Werk zu erhöhen. Aber weder der Vorschlag von Lederer, noch der von Rathenau werden diesen Grundgedanken in allem gerecht.

### Die Frage des Waffensstillstandes

die aufs engste mit einer Steigerung der Produktion verknüpft ist, muß einer neuen Prüfung unterzogen werden. (Sehr richtig!) Wir verlangen ein Schlichtungsgesetz, das gerecht und legenstreng wirkt. (Sehr richtig!) Auch der Preisabbau ist untrennbar mit der Hebung der Produktion verbunden. Er kann nur oben ansetzen und nicht von unten begonnen werden. (Sehr richtig!) Die Arbeitgeber müssen zur Steuererhebung herangezogen werden. Voraussetzung des Preisabbaues ist die Beseitigung der jetzigen Warenknappheit. Redner fordert eine weitgehende Justizreform. Gegen das Schieberwesen, diesen Krebsgeschwür am Leben des Volkes muß schärfstens vorgegangen werden.

Däumig (Neukommunist): Alle bisherigen Ausführungen haben bestätigt, daß wir vor dem Abgrund stehen. Das ganze parlamentarische Drum und Dran ist nicht ernst zu nehmen, denn die wirklich herrschenden Kräfte sitzen ganz wo anders als hier. (Sehr richtig!) Von der Rechten sprach ein Vertreter der banterrotten Vergangenheit, Scheidemann sprach als Vertreter der banterrotten Gegenwart. (Heiterkeit.) Inner allein ist die Zukunft! (Beifall und Heiterkeit.) Wir stehen zum Versailler Vertrag genau so wie unsere russischen Brüder zu dem von Brest-Litowsk. (Sehr richtig! links.) Ueberall sehen wir verwerfliche Gewaltanwendungen des imperialistischen reaktionären Kapitalismus. Dieser vereinigt die Macht des Weltkapitals mit der einseitigen und durchgeschulten Macht des Weltproletariats entgegenzustellen. Deshalb haben wir uns auch der Dritten Internationale angeschlossen. (Sehr gut! links.) Aus diesem Grunde nehmen wir auch die gelben und braunen Völker mit hinein, um England, die Hochburg des Kapitalismus, zu treffen. Die proletarische Revolution ist die Art, die an die empfindliche Weltwirtschaft gesetzt wird. (Sehr wahr! links.) Innerpolitisch wollen wir auch nicht die Quasifreiheit der Sozialisierung.

wir wollen den Sozialismus. (Beifall links.) Durch den Weltkrieg ist einestheils die Lebenshaltung der Arbeiterschaft aller Länder stark gesunken, während andererseits ihr Selbstbewußtsein stark stieg, wie es deutlich auch der Rückgang der christlichen Gewerkschaftsbewegung zeigt. (Die Bürgerlichen haben zum größten Teil den Saal verlassen.) Die Komödien mit der marschierenden Sozialisierung machen wir nicht mit. Darum schlossen wir jetzt die große kommunistische Partei.

Die wie ein Sauerteig diese breiten proletarischen Massen aufwühlen und um sich sammeln soll. (Sehr richtig!) Redner geht dann auf die Verhältnisse in Rußland ein und verteidigt das bolschewistische System: Sollte Deutschland mit General Wrangel in Verbindung treten, wie es gestern Dr. Simons andeutete, dann lagen wir ihnen (zur Regierung) schärfsten Kampf an. (Beifall links.) Redner geht dann auf die Vorwürfe gegen das Offizierskorps ein und erinnert an die Ermordungen von Viehnecht und Luxemburg. Den Nationalbolschewismus im Verein mit den Offizieren lehnen wir ab. Die sogenannte Demokratisierung der Reichswehr bedeutet uns nichts. Wir verlangen die Abschaffung der Reichswehr.

### Abschaffung der Reichswehr

überhaupt. (Sehr richtig!) Die Reichswehr ist nichts anderes als eine Soldatenschule vor den kapitalistischen Geschlechtern. Wir erstreben eine militärische Neuordnung nach dem

russischen Muster der Roten Armee. (Beifall links.) Wir wollen keine Minister und keine allmächtigen Generalstabsoffiziere sein, sondern Revolutionäre. (Sehr gut!) Die Entwaffnungskaktion hat die Arbeiterschaft in ihrer Vertrauenslosigkeit viel mehr getroffen als das Bürgertum, besonders auf dem Lande. Wir lehnen die Putzaktion der Einzelaktionen ab. Denn nur die Zusammenfassung und einheitliche Leitung kann zum Siege der Revolution führen. Wir werden kämpfen bis zu diesem Siege des Proletariats der Welt. (Beifall bei den U. Soz. links.)

Hermann Müller (Soz.): Den Protest des Kasseler Parteitages gegen die Zerstückung der Diesel-Motoren wiederhole ich auch hier im Reichstag. Dem Protest gegen die Uebergriffe der Besatzungstruppen schließen wir uns an, wie wir auch mit den anderen Ausführungen des Herrn Außenministers einverstanden sind. Aus dem Gebiete der inneren Politik erwarten wir baldigt das Schulgesetz und hoffen, daß ihm bald ein Lehrausbildungsgesetz folgen möge. (Beifall links.) Im sozialpolitischen Ausschuss hat man wieder den Frauen das Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten vorenthalten. Höchst sonderbar ist das Verhalten der Deutschnationalen, die als einzige Partei in diesem Hause gegen die Autonomie von Oberschlesien Stellung nehmen. Das zeigt, daß sie das alte konjunktive Unverständnis für die Volksseele übernommen haben. (Sehr richtig.) Redner wendet sich dann gegen die Parallele, die Graf Westarp in der ober-schlesischen Frage zwischen dem Autonomiegesetz und der Proklamation des Königreichs Polen im Jahre 1917 gezogen hat. Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seinen undurchführbaren Bestimmungen muß und wird kommen. (Sehr richtig!) Aber die Politik der Deutschnationalen ist wohl der schärfste Weg, den man überhaupt einschlagen kann. Wenn wir eine Revision des Friedensvertrages herbeiführen wollen, müssen wir immer und immer wieder zum Ausdruck bringen, daß ein neuer Geist in das deutsche Volk eingezogen ist. (Beifall.) Redner weist dann die Angriffe des Grafen Westarp gegen das Verhalten der deutschen Delegation auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Genf zur Schuldresolution zurück. Wir hatten keine Veranlassung, uns schuldig vor die Verbacher der Wilhelmstraße und am Ballplatz zu Wien zu stellen. (Sehr richtig!)

Die Reichswehrfrage ist die Kernfrage der Zukunft der Republik. Wenn die Reichswehr kein Wertespiel zum Schutze der Republik ist, hat sie ihre Daseinsberechtigung verloren. (Sehr richtig!) Ein neuer Rapp-Putsch würde letzten Endes zwar ebenso erfolglos verlaufen wie der erste, aber er würde neues Elend über Deutschland bringen, und das muß von vornherein verhindert werden. Wir bekämpfen den Revanchegedanken auf das allerentschiedenste, denn die Revanche ist vollkommen aussichtslos und würde nur neue Gefahren und neues Elend über Deutschland bringen. (Lebhafte Beifall, b. d. Soz.) Die Arbeiterschaft wird trotz der ansehnlich besagener Wertespielung jeden Versuch zur Führung eines Krieges unmöglich machen. (Beifall.) Der Redner belegt dann an einer großen Reihe von Anführern der Reichswehr, daß die Reichspartei im November 1918 das monarchische System preisgegeben haben. Zu einem lebhaften Entrüstungsturm der Rechten kommt es dann, als Redner den früheren Kaiser als „Deferteur von Amerongen“ bezeichnet. Nach Wiederherstellung der Ruhe verlangt der Redner von der Regierung, daß sie sich die Führung in der Frage der Neugestaltung Preußens nicht entziehen lassen sollte. Wenn in Bayern die Monarchie ausgerufen werden sollte, dann wird doch die bayerische Arbeiterschaft zum schärfsten Kampfe herausfordern. Die Ausrufung der Monarchie in München würde die Ausrufung der Nordbayerischen Republik zur Folge haben. Redner wendet sich dann gegen

### die Gegenbestrebungen.

Gestattet man diese Geheimorganisation, dann darf man nicht gegen die anderen Geheimorganisationen links vorgehen. Große Aufmerksamkeit erfordert das neue Balkillumadentheur in Litauen, wo Major Wlchoss wieder sein Unwesen treibt. Zurufe rechts: Für wen ist das bestimmt? Wohl für die Entente? (Starke Entrüstung, Zurufe links: Für Sie.) Das sind die Leute, die auf den pommerischen Gütern gesammelt wurden. (Sehr richtig!) Auch

### Verordnungen für die Armee Wrangel

sind festgesetzt worden. Warum wird die Reichswehr nicht zur Verstärkung der schwachen Grenzbesatzung verwendet? (Sehr richtig!) Wenn die vollziehende Gewalt, repräsentiert durch General Dassel, nicht stark genug ist, einzuschreiten, dann muß sie eben an die bürgerlichen Gewalten übergehen. (Sehr richtig.) Bei der Behrderung des Entwaffnungsgesetzes fordert der Redner die schärfsten Maßnahmen gegen die bayerischen Einwohnerwehren und fragt an, was aus der Note des Generals Kollert hin gesehen sei. Die Anwesenheit Ludendorffs in Bayern zeigt die Gefährlichkeit dieses reaktionären Herdes.

Gegenüber der Auffassung Dr. Heims halten wir die Sozialisierung der Kohlengruben für notwendig, weil die Kohle das wichtigste Produktionsmittel ist. (Lebhafte Beifall.)

Reichswehrminister Geisler: Uebertritte nun bewaffneten Banden, wie sie der Vorredner erwähnte, mit einer derartigen Ausrüstung, ohne daß die zuständigen Behörden Ostpreußens davon etwas bemerkt hätten, wären unerhört. (Zurufe bei den Soz.) Ich wiederhole, ich würde es als unerhört bezeichnen, wenn es der Fall gewesen ist. (Zuruf Hermann Müller: Ist es nicht festgestellt im Reichswehrministerium?) Nach mehreren Informationen ist seit dem 15. Oktober niemand mehr übergetreten. Mit dem Oberpräsidenten habe ich verhandelt, daß bei irgendwelchen Bedenken sofort militärische Grenzsperrre verfügt wird, trotz der für die Truppen damit verbundenen außerordentlichen Anstrengungen. (Beifall in der Mitte.)

Donnerstag 3 Uhr Weiterberatung. Schluß 3 Uhr.

# Preussische Landesversammlung

172. Sitzung, Sonnabend, den 30. Oktober.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Die zweite Beratung der Verfassung wird fortgesetzt beim Staatsrat (§§ 24 a bis 24 m).

Abg. Heilmann (Soz.): Der Staatsrat ist geradezu ein Abrücken von der Demokratie. Gerade die kleinen Parteien werden in ihm gar nicht oder nur ganz einflusslos vertreten sein. Das sollten sich die Demokraten doch sehr überlegen. Dagegen hat die Rechte von vornherein dafür gefordert, daß ihr einige Sitze sicher sind. Die Demokraten scheinen den Staatsrat für notwendig zu halten als Bindemittel zwischen links und rechts. Diese Annahme ist aber irrig. Daß den Bewohnern von Posen und Westpreußen, den Restprovinzen, ein

### fünftages Wahlrecht

gegeben wird, ist ein Verstoß gegen die Demokratie und wir glauben, daß die Bewohner der Grenzmark selbst eine solche Bevorzugung ablehnen, sie wollen nur Gleichberechtigung. Wir stimmen dem Staatsrat in der vorgeschlagenen Form nur deshalb zu, weil er uns die Stellung Preußens möglichst wenig zu schwächen scheint. Wir arbeiten für die neue Einheit Deutschlands, wenn Preußen nicht zerstückelt wird, sondern in das Einheitsreich möglichst bald hinübergeführt werden kann. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Eine berufsständische Vertretung lehnen wir ab. Am der Gefahr vorzubeugen, daß das Land mit den Provinzen gesprengt werde, muß sich zunächst der demokratische Gedanke konsolidieren. Dem soll der Staatsrat dienen. Die Grundlagen für den Staatsrat sind demokratischer Natur.

Abg. Obusch (U. Soz.): Wenn man den Staatsrat in irgend einer Form zuläßt, stärkt man die Reaktion. Dr. Preuß hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sagte, Preußen sei als Hort gegen die Revolution anzusehen, nur weil hier die Sozialdemokraten hohe Kemier innehaben, sei die alte preussische Wirtschaft von dem umgekehrten Ende. Die Macht des Proletariats muß die Ideen des Staates wenigstens in einer Uebergangszeit bestimmen. Der Staatsrat hat viel zu weitgehende Rechte. Besonders gefährlich ist der Verzicht auf den Volkseinstimmigkeit in finanziellen Fragen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Vaußner (Zit.): Der treudeutsche Sinn der Rheinländer hat sich trotz aller Bedrückungen durch die Befragung als unerschütterlich erwiesen. (Stürmischer Beifall.) Der Staatsrat ist nicht ein reaktionäres, sondern ein fortschrittliches Gebilde.

Abg. v. Kries (D. Rat.): Wir wollen Preußen aufrecht erhalten als Hort der Ordnung, als Anwalt des ganzen deutschen Vaterlandes. (Beifall rechts.)

§ 24 a, der die Bildung des Staatsrates vorseht, wird unter Ablehnung der Abänderungsanträge gegen die Unabhängigen angenommen.

§ 24 b bestimmt die Zusammenlegung des Staatsrates aus Vertretern der Provinzen. Auf je 500 000 Einwohner entfällt je ein Vertreter, mindestens jedoch drei auf jede Provinz. Die Grenzmark Posen-Westpreußen gilt als Provinz.

Abg. Obusch (U. Soz.): Ostpreußen kann wegen seiner isolierten Lage nicht als einfache preussische Provinz weiterbestehen.

§ 24 c wird angenommen. Eine Reihe weiterer Paragraphen findet ohne Aussprache Annahme, bei einigen wird die Abstimmung ausgelassen.

Auf eine Anträge Dr. Veidig (D. Sp.), wann das Ausführungsgesetz über den Staatsrat vorgelegt werde, erklärt Staatssekretär Dr. Freund, daß es dem Hause nach Beratung der Verfassung zugehen könne.

Donnerstag, den 4. November, nachmittags 2 Uhr, Weiterberatung.

# Sunger

Roman von Anut Samjun.

19) Unten angekommen blieb ich stehen und sagte laut, mitten auf offener Straße, mit geballten Fäusten: Ich will dir was sagen, mein lieber Herrgott, du bist ein Allesen. Und ich nickte wie rasend und schreie mit zusammengebissenen Zähnen nach den Wolken hinaus: Hol mich der Teufel, du bist ein Allesen!

Ich ging ein paar Schritte und blieb wieder stehen. Plötzlich veränderte ich die Haltung, salzte die Hände und lege den Kopf auf die Seite und frage mit süßer, frommer Stimme: Hast du denn auch hinaus gerufen zu ihm, mein Kind?

Das klang nicht richtig.

Mit großem J. sage ich, vollem großen J! Also nochmals: Hast du denn auch hinaus gerufen zu ihm, mein Kind? Und ich lasse den Kopf sinken und mache meine Stimme weinerlich und antworte: Nein!

Das klang auch noch nicht richtig.

Du Narr, du verstehst ja nicht zu heucheln! Ja, mußt du sagen, ja, ich habe Gott den Herrn angerufen! Und du mußt dir die jämmerlichste Melodie zu deinen Worten nehmen, die du je gehört. Soo — nur noch einmal! Ja, das war schon besser. Aber du mußt seufzen, seufzen wie ein Lungenseuffer. So-o.

Und so unterwiese ich mich in der Heuchelei, stampte ungeduldig mit dem Fuß, wenn es mir nicht gelingen will und schelte mich selbst einen Dummkopf, während die erstaunten Passanten sich umdrehen und mich betrachten.

Ich laute ununterbrochen an meinem Hobeßpan und wankte, so schnell ich konnte, die Straßen hinunter. Ehe ich mich verlor, war ich schon unten am Eisenbahnplatz. An der Erlöserkirche zeigte die Uhr auf halb zwei. Ich stand einen Augenblick und überlegte. Ein matter Schweiß brach auf meinem Gesicht hervor und sicker mir in die Augen. Komm mit nach dem Quai, sagte ich zu mir. Das heißt, wenn du Zeit hast? Und ich machte mir eine Verbeugung und ging hinunter nach dem Eisenbahnquai.

Draußen lagen die Schiffe, die See wogte im Sonnenlicht. Ueberall emsige Bewegung, tönende Dampfpeifen, Träger mit Risten auf den Schultern, munterer Gesang der Lustfahler bei den Frähten. Eine Küchenfrau sieht in meiner Nähe und beugt sich mit ihrer braunen Nase über ihre Waren. Der kleine Tisch ist sündhaft voll von Käsekerlen,

und ich wende mich unwillig von diesem Anblick ab. Ihr Essengeruch erfüllt den ganzen Quai; pfui, die Fenster auf! Ich wende mich an einen Herrn, der neben mir sitzt und stelle ihm eindringlich diesen Uebelstand mit den Küchenweibern hier und den Küchenweibern da vor. . . Nicht? Nun, aber Sie werden doch wohl zugeben, daß. . . Aber der gute Mann witterte Unrat und ließ mich nicht einmal zu Ende reden, sondern erhob sich und ging. Auch ich stand auf und folgte ihm, fest entschlossen, dem Manne seinen Irrtum zu beweisen.

„Sogar aus Rücksicht auf die sanitären Verhältnisse,“ sagte ich und klopfte ihm auf die Schulter.

„Entschuldigen Sie, ich bin hier fremd und weiß nichts von den sanitären Verhältnissen,“ sagte er und starrte mich entsetzt an.

Das veränderte allerdings die Sache, — wenn er fremd sei. . . Ob ich ihm vielleicht irgendwie dienen könne? Ihn umherführen? Nicht? Es würde mir sonst ein Vergnügen sein und sollte ihn nichts kosten.

Aber der Mann wollte mich absolut los werden und lief schnell über die Straße auf das andere Trottoir.

Ich ging wieder nach meiner Bank hinüber und setzte mich. Ich war sehr unruhig und der große Leierkasten, der weiter oben spielte, machte es noch schlimmer. Eine harte, metallische Musik, ein Stückchen Weber, zu dem ein kleines Mädchen eine traurige Weise singt. Das Flötenartige, Leidende in den Tönen der Leier durchdringt mir das Blut, meine Nerven beginnen zu zittern, als ob die Musik in ihnen widerhallte, und einen Augenblick darauf falle ich auf die Bank zurück und trällere und summe mit. Auf was verfaßt man sich, wenn man hungert! Ich fühle mich aufgenommen in diese Töne, in Töne aufgelöst, ich ströme aus und habe die Empfindung, als ob ich hoch über die Berge fortflöte, hinein in lichtere Zonen.

„Ein Vere!“ sagt das kleine Drehergehmädchen und hält mir den Wechleler hin, „nur ein Vere!“

„Ja,“ antworte ich unbewußt und springe auf und durchsuche meine Taschen. Aber das Kind glaubt, daß ich meinen Scherz mit ihm treibe und entfernt sich ohne ein Wort. Diese stumme Duldbarkeit war zu viel für mich; hätte sie geschimpft, es wäre mir lieber gewesen; der Schmerz packte mich, und ich rief sie zurück. „Ich habe nicht einen Heller, sagte ich, aber ich vergesse dich nicht, morgen vielleicht. Wie heißt du? So? Ein hübscher Name; den vergesse ich nicht. Also morgen.“

Aber ich begriff, daß sie mir nicht glaubte, trotzdem sie kein Wort sagte, und ich weinte vor Verzweiflung darüber, daß diese kleine Strafendine mir nicht glauben wollte. Noch einmal rief ich sie zurück, rief hurtig meinen Rod auf und wollte ihr meine Weste geben. Ich werde dich schuldig halten, warte nur einen Augenblick.

Ich hatte keine Weste.

Wie konnte ich denn auch danach suchen! Wochen waren vergangen, seitdem ich sie besessen. Was socht mich an? Das bestürzte Mädchen wartete nicht länger und zog sich eilig zurück. Und ich mußte sie ziehen lassen. Die Leute strömten zusammen und lachten laut; ein Postzeidiener drängte sich heran und will wissen, was los ist.

„Nichts,“ entgegnete ich, „durchaus gar nichts! Ich wollte nur dem kleinen Mädchen dort meine Weste geben. . . für seinen Vater. . . Darüber brauchen Sie nicht zu lachen. Ich könnte ja nur nach Hause gehen und eine andere anziehen.“

„Keinen Spektakel auf der Straße!“ sagte der Konstabler. „So-o, marsch!“ Und er pufft mich vorwärts. „Sind das Ihre Papiere?“ rief er mir nach.

Ja, zum Teufel auch, mein Zeitungsartikel, eine Menge wichtiger Schriften! Wie konnte ich nur so unvorsichtig sein. Ich nehme mein Manuskript, vergewissere mich, daß es in Ordnung liegt, und gehe, ohne mich weiter umzusehen, direkt in die Redaktion. Am Erlöserturn war es jetzt 4 Uhr.

Das Bureau ist geschlossen. Ich schleiche ängstlich wie ein Dieb die Treppe wieder hinunter und bleibe ratlos vor der Tür stehen. Was jetzt tun? Ich lehne mich an die Mauer, starre auf die Steine nieder und denke nach. Vor meinen Füßen liegt eine Stednadel; ich bücke mich und nehme sie auf. Wie, wenn ich die Knöpfe von meinem Rod abschneide? Was würde ich wohl dafür bekommen? Vielleicht würde mir das nichts nützen, Knöpfe waren Knöpfe, aber ich nahm sie, und untersuchte sie von allen Seiten und fand sie so gut wie neu. Es war gleichwohl ein guter Gedanke; ich konnte sie mit meinem Federmesser abschneiden und nach „Onies“ Keller tragen. Die Hoffnung, diese fünf Knöpfe verkaufen zu können, belebte mich sofort, und ich sagte: „Ei, ei, es stört sich!“ Die Freude überwältigte mich, und ich fing an, die Knöpfe einen nach dem andern abzuschneiden. Dabei hielt ich stillschweigend folgendes Gespräch:

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkchaftliches

## Die neuen Forderungen der städtischen Arbeiter

Die bürgerliche Presse tut alles, der neuen Stadtgemeinde Schwierigkeiten zu bereiten. Der neue Magistrat hat es nicht leicht. Um seine Aufgabe noch schwerer zu gestalten, verbreitet sie die Behauptung, Berlin sei nicht mehr kreditfähig.

Dazu kommen jetzt andere Schwierigkeiten. Und die liegen in der Arbeiterfrage. Es ist kein Zweifel, daß der Geldwert gesunken ist, und daß die Einkommen aller Arbeiter, und seien sie noch so hoch, nicht hinreichen, um die notwendigen Bedürfnisse zu decken. Deshalb sind alle Forderungen der Arbeiter vornehmlich berechtigt. Eine andere Frage ist die, wie ihnen jetzt entsprochen werden kann. Die Stadtgemeinde Berlin kann ihre Einnahmen nicht ohne weiteres vermehren, da ihr die Steuerhoheit entzogen ist. Sie muß aber Einnahmen haben, wenn sie neue Ausgaben machen will. Aus diesem Grunde steht der Magistrat vor einer sehr schweren Aufgabe. Verlangt die Möglichkeit, einen Beharrungsstand auf eine gewisse Zeit zu erreichen, so dürfte der neue Magistrat kaum in der Lage sein, an die Arbeit zu gehen und sie so zu gestalten, wie sie die große Mehrheit der Bevölkerung von ihm erwartet.

Gestern fanden im Rathaus Besprechungen über die Sachlage statt. In der Debatte wurden folgende Darlegungen gemacht:

Daß der alte Magistrat trotz der kolossalen Finanznot es zugegeben hat, daß noch kurz vor Loresschluß bestimmte Beamtenkreise in höhere Stellen zwecks einer besseren Befolgung aufrücken konnten, sowie daß die damals nach dem Kapp-Putsch zwecks Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens der städtischen Betriebe und Verwaltungen entlassenen Streikbrecher noch heute unter voller Bezahlung, d. h. die normale 45stündige Arbeitszeit sowie Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit, vom Dienst dispensiert sind. Die Summe, die dafür ausgegeben ist, beläuft sich auf mehrere 100 000 Mark.

Aus dem Rathaus wird berichtet:

Mit den Vertretern der Organisationen der städtischen Arbeiter und Hilfskräfte und mit dem Gesamtbetriebsrat hat der kommissarische Magistrat in gemeinschaftlicher Sitzung die durch die neuen Lohnforderungen der Arbeiter und Hilfskräfte geschaffene Lage erörtert und seinen Standpunkt dargelegt. Die Vertreter der Arbeitnehmer verlangten, daß nunmehr das tatsächliche Einkommensniveau der Arbeiter und Hilfskräfte durch die neuen Lohnforderungen der Arbeiter und Hilfskräfte geschaffen werden solle. Als Einigungsamt wies nach dem Tarifvertrag die Große Deputation der Berliner Stadtverwaltung über ein entsprechend zusammengesetztes Ausschuß aus Mitgliedern des Magistrats und der neuen Stadtverordnetenversammlung.

## Zum Streik in der Berliner Herrenwäschbranche

Nachdem die Arbeitgeber den Schiedsspruch vom 15. Oktober z. B., welcher der Kollegenschaft eine 10prozentige Lohnaufbesserung zuspricht, abgelehnt hatten, machten dieselben jetzt ein Unterangebot, welches von Seiten der Arbeiterschaft abgelehnt worden ist. Da der Syndikus der Arbeitgeber in der zweiten Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß erklärte, jederzeit bereit zu sein, Vertreter der Streikenden zwecks einer erneuten Aussprache zu empfangen, ist dieser Aufforderung Folge geleistet worden. Das Resultat zeitigte folgendes Ergebnis: Die Arbeitgeber haben jetzt sogar ihr erstes Angebot weiter erniedrigt und bieten nun den Streikenden eine Teuerungszulage von 28 Prozent. Dieses Angebot ist in der Versammlung, welche am 23. Oktober in der Brauerei Köpenick stattfand, von den Streikenden einstimmig abgelehnt worden. Anwesend waren ca. 3000 Personen und der Brandenburger, Kollege D. Salewski, rügte das Angebot der Arbeitgeber in das rechte Licht, indem er darauf hinwies, daß der Kampf nur den Machtvollkommen der Arbeitgeber entspreche; denn wenn dieselben willens wären, der Arbeiterschaft das Notwendige zu geben, so hätten sie ein derartiges Angebot, welches direkt provokierend wirkt, nicht machen dürfen. Die Arbeitgeber, welche wohl glaubten, daß die Streikenden wankten, haben mit ihrem Angebot gerade das Gegenteil erreicht. Dieses Angebot hat den Streikenden die Augen geöffnet und haben die zahlreichen Diskussionsredner sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß der Übermut der Arbeitgeber der Herrenwäschbranche keine Grenzen kennt; denn nur so kann man sich ihr erneutes Angebot erklären. So schwer der Kampf in der heutigen Zeit ist, so wollen und werden die Streikenden weiter einstimmig aushalten, um den Kampf für Menschenrecht und Menschenwürde zu einem für sie günstigen Resultat zu gestalten.

## Zum Streik in Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Charlottenburg

Die Sachlage ist folgende: Die Arbeit ist aufgenommen worden, weil die Arbeitgeber zu Verhandlungen sich bereit erklärten, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß Lohnverhandlungen garantiert werden. Die Verhandlungen hierzu sind auf Montag, den 1. November, anberaumt worden. Den Angestellten ist auf die Erhöhung der Löhne nach Aufnahme der Arbeit ein sofortiger Zuschuß von 150 M. bis 200 M. gezahlt worden. Nachgesprächen aus Anlaß des Streiks haben nicht stattgefunden. Einige Entlassungen, die vorgenommen werden mußten, aus Anlaß von streikbaren Delikten sind mit Zustimmung der Arbeiter erfolgt. Daraus dürfte ersichtlich sein, daß die Arbeitgeber keinerlei Ursache haben, eine Siegereier auszuüben. Wenn sie sich jedoch nur deswegen Sieger wähnen, weil das Mietseignungsamt Charlottenburg die unerhörte Wohnnahme des Prof. Langstein, der mit Hilfe seines Katenfreundes, des Charlottenburger Polizeipräsidenten, des Personal durch bewußtlose Gewalt aus den Wohnungen treiben ließ, angeblich für „rechtmäßig“ erklärte, so soll ihm dieser traurige Ruhm nicht genommen werden. Das Charlottenburger Mietseignungsamt führt aber seinen Namen, wenn es die ungerechtfertigte Wohnnahme wirklich sanktioniert haben sollte, zu unrecht. Es befriedigt uns aber, daß es auch objektive Einigungsämter gibt, wie beispielsweise dasjenige in Zehlendorf, welches das Unterfangen der Direktion des Dolz-Helene-Heims, in gleicher Weise verfahren zu wollen, wie der realistische Prof. Langstein, energisch zurückwies.

## Massenentlassungen bei der Viktoria

Die Direktion der Viktoria hat ihre sämtlichen Einnahmehelfer mit dem 31. Oktober d. J. entlassen, obgleich ein Reichsstarifvertrag für die Einnahmehelfer noch bis zum 31. Dezember d. J. läuft. Sie will den Einnahmehelfern durch gütliches Einreden und teilweise auch durch Drohungen einen neuen Vertrag aufzwingen, welcher den Einnahmehelfern ein Einkommen von nur 200 bis 470 M. pro Monat gewährleistet. Der Hauptzweck der Entlassungen besteht darin, daß die Gesellschaft den ihr unangenehmen Reichsstarifvertrag für die Einnahmehelfer, der diesen ein Monatsgehalt von 675 M. zubilligt, verlustlos zu werden. Diesen offensichtlich Tarifruch löst sich kein Einnahmehelfer und besteht auf Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf. Die Einziehung der Infallbeiträge durch die Einnahmehelfer ist mit dem 1. Oktober d. J. eingestellt worden. Ein Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 26. Oktober 1920 hat die Kündigung aufgehoben. Am Dienstag, den 2. November 1920, wird der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin erneut zu diesen Entlassungen Stellung nehmen. Die bei der Viktoria Beschäftigten bitten wir, den Einnahmehelfern weiterhin ihre Sympathie zu beweisen

und nur Beiträge zu zahlen, an Einnahmehelfer, welche sich als Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten ausweisen können.

Die Lohnbewegung der kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel. Die gestern Freitag erneut stattgefundene Verhandlung über den Gehaltstarif der kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel führte zu einer Verständigung der Parteien. Es wurde nachstehende Vereinbarung getroffen: Die Dauer des Gehaltsabkommens währt vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1921; der Manteltarif wird bis zum gleichen Tage verlängert. Für die Bemessung der Höhe des prozentualen Zuschlages ist das Ultimo September fällig gewesene Gehalt der Ausschlag gebend. Der Zuschlag beträgt: für die Gruppe 1 und 2 10 Prozent, für die Gruppe 3 12 1/2 Prozent, für die Gruppe 4 15 Prozent. Gegen die allgemeine Verbindlichkeitsklärung dieses Zuschlages beim Reichsarbeitsministerium wird von keiner Seite Einspruch erhoben. — Zu diesem Abkommen wurde protokolllarisch festgelegt: Die heute vereinbarten Zulagen sollen auf die Tarifgehälter gewährt werden, jedoch sollen freiwillige Leistungszulagen, die am 30. September bestanden haben, im allgemeinen nicht berührt werden. Die Funktionäre der Fachgruppe 7 nahmen Freitagabend zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung. Sämtliche Diskussionsredner drückten unter dem Beifall der Versammelten ihre Enttäuschung über den geringen Ausschlag aus. Trotzdem die Angestellten mit dem Gehaltstarif zufrieden waren, gaben sie schließlich ihre Zustimmung.

Lohnbewegung im Textilgroßhandel. Den Unternehmern gefüllt es, in eigener Beschäftigung eines Streiks ängstliche Gemüter unter den Angestellten von vornherein einzuschüchtern, mit einem Ausweg, der nicht in allen Punkten den Tatsachen entspricht. Er bringt zur Kenntnis, daß die Arbeitgeber bereits ihre Bereitwilligkeit erklärt hätten, in neue Verhandlungen über den Schiedsspruch einzutreten. Von einer Absicht nach dieser Richtung ist den Arbeitnehmerorganisationen bisher nichts bekannt geworden, im Gegenteil, ein Versuch der Arbeitnehmer, in nochmalige sofortige Verhandlungen einzutreten, wurde von den Arbeitgebern mit einem Schreiben beantwortet, das von böswilligen Gemütern als Beginn eines Verschleppungsmanövers betrachtet werden könnte. Wir bitten die Angestellten, sich lebhaft nach den Informationen zu richten, die ihnen wahrheitsgemäß durch ihre Vertretungen übermittelt werden und bekannte Manöver von Arbeitgebern, die hier sehr zeitig, unserer Meinung nach sogar vorzeitig, einsehen, weil der Streik noch gar nicht erklärt ist, nach dem ihnen gebührenden Wert zu schätzen.

# Groß-Berlin

## Zwei Glaskl. e

Ein Uhr mittags. Burgstraße. Die Börsenschlacht tobt gerade am heftigsten. Rufen, Schreien, Brüllen; einzelne Worte tönen hervor: „Hansa Lloyd... Baluta... Gelsenkirchen... Devisen... Dollar...“

Ein eleganter Herr im Anfang der vierziger Jahre tritt aus dem Börsengebäude und winkt ein Auto heran, äußerlich ganz ruhig, im Innern frohlockend. Er ist für heute fertig hier! Behaglich lehnt er sich in die Lederpolster des Autos zurück und zündet sich eine dicke Havanna an. Das war einmal heute ein gutes Geschäft gewesen! Ein paar Käufe, ein paar Verkäufe, einige Telefongespräche, und eine hübsche Anzahl Tausender war verdient. Aber man arbeitete ja auch im Schweiße seines Angesichts dafür. Jetzt sollte es aber auch an der Erholung nicht fehlen. Oll belam nun ihr Versehenaband, um das sie mit Jährlächeln und mit Schmelzen dieser vergeblich gebittelt hatte. Das Madel hatte wirklich Duse!, daß sie gerade so einen geschickten, routinierten Vorkämpfer zum Freund hatte, wie er es war. Selbstgefällig lächelnd strich er mit der wohlgepflegten Hand durch den ebenso wohlgepflegten Bart. In Gedanken war er schon bei dem — so wohlverdienten — Mittagessen bei Hiller.

Wenige hundert Meter weiter. Am Kupfergraben. Ein Kahn liegt am anderen, bis zum Rande gefüllt mit böhmischen Weiseln, großen und kleinen, gelben und roten. Auch hier große Geschäftigkeit. Die Strahenbänder laufen hier ein und beladen ihre Wagen.

Auf dem untersten Absatz der Steintrappe, die zum Wasser hinabführt, hockt ein Mann im abgetragenen, zerschissenen, feldgrauen Anzug, anscheinend ein Arbeiterlofer. Manchmal legt eine Welle an seinen löcherigen Stiefeln, er scheint es nicht zu merken. Geplant hat er auf das trübe Wasser. Zwischen Schiffswand und Ufermauer treibt ab und zu etwas Gelbes, taucht unter, kommt wieder zum Vorschein. Auf dieses Gelbe hat es der Mann abgesehen. Mit einer kleinen Rute holt er es sich heran und schießt es heraus: einen verfaulten Apfel!

Beim Verpaden in die Rörde werden die angefaulten Kessel über Bord ins Wasser geworfen. Der Mann auf dem Treppenaufgang aber holt sie gierig wieder heraus, schneidet mit dem Taschenmesser bis vielen schlechten Stellen weg und steckt die scharfen Ueberbleibsel in seine Rodtasche. Ost muß er sich vergeblich bemühen, denn viele Äpfel sind überhaupt durch und durch verfault, und gute werden eben nicht ins Wasser geworfen.

Endlich ist die Talsche voll. Der Mann steigt die Treppe empor und will den Strahendam überstreifen, als ein Auto in schneller Fahrt ganz dicht an ihm vorbeifährt. Darin reißt sich beharrlich ein eleganter Herr, die dicke Zigarre nachlässig zwischen den Lippen, und streicht sich seinen Bart. Der glückliche Vorkämpfer!

Finstern blüht ihm der Arbeitslose nach. Doch plötzlich heßt ein glücklicher Schimmer sein Gesicht auf, er tastet nach seiner gefüllten Rodtasche: Auch er hat ja heute einmal ein Mittagessen — die verfaulten Äpfel!

## Arbeiterbildungsschule U S P.

Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Kommunale Kommission. Am Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Aula des Könlischen Gymnasiums, Infeststr., Vortrag des Genossen Leid über: Jugendfürsorge.

## Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin

U. S. P. D. (Crispien-Debebour).

Am Dienstag, den 2. November, abends 6 Uhr, findet eine Fraktionsung im Berliner Rathaus, Zimmer 103, statt. Wir ersuchen um pünktliches Erscheinen.

An Kohlenoxydgasvergiftung gestorben ist die 29 Jahre alte Arbeiterin M. G. aus der Chariner Straße. Sie erhielt den Auftrag, den eingemauerten Ofen für die Hausheizungsanlage Prunzenstraße 42 anzuhaken. Weil sie über eine halbe Stunde ausblieb, ging die Widertreuerin hinunter, um sich nach ihr umzusehen. Nun fand diese die Arbeiterin bewusstlos neben der Feuerung liegen. Die hinzugerufene Feuerwehr stellte Wiederbelebungsversuche an, die sich jedoch erfolglos erweisen. Ein Arzt stellte fest, daß die Arbeiterin an Kohlenoxydgasvergiftung gestorben war.

Keine Triebwagenzüge. Die Frage der Betriebsmittel der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist nunmehr endgültig entschieden worden. Bisher bestand noch immer der Wettbewerb zwischen den sogenannten Triebwagenzügen und den Triebwagenzügen. Erstere sind gewöhnliche Stadtbahnzüge, deren Wagen mit elektrischer Heizung und Beleuchtung ausgerüstet sind; vor und hinter diesen wird eine zweilagige Lokomotive gespannt, die jedoch vom Zuge aus gesteuert wird. Die andere Betriebsart verlangt eine Reihe von neu zu erbauender Triebwagen ähnlich wie die Hochbahnwagen, zwischen denen alte Triebwagen laufen

können. Die Triebwagenzüge können im Berliner Verkehr nicht verwendet werden, weil die Triebwagen für die Stadtbahn viel zu schwer sind. Der ganze Triebwagen wiegt nämlich leer rund 63 Tonnen, vollbesetzt würde er etwa 71 Tonnen wiegen. Dieses Gewicht verteilt sich auf nur 4 Achsen, der Hochdruck würde also etwa 18 Tonnen betragen, eine Last, die für die Stadtbahnbögen viel zu schwer ist.

Banden- und planmäßige Wohnungseinbrüche. Einen reichen Friseur machte eine Bande in der gestrigen Nacht am Stadtpark in Schöneberg. In vier verschiedenen Stellen machten die Einbrecher dort große Beute. In der Straße am Park drangen sie in die Häuser Nr. 18 und 19 ein und stahlen aus der Wohnung des Kaufmanns Dr. Meier für 20 000 M. und aus der des Kaufmanns Franke für 100 000 M. Teppiche, Silbergeschätze usw. Zugleich räumten sie eine Wohnung in der angrenzenden Komphauserstraße und der gegenüberliegenden Freiheit v. Steinstraße aus. Dort drangen sie in die Wohnung des Kaufmanns Davidsohn im Hause Nr. 2 ein und stahlen für eine Viertelmillion Teppiche, Silbergeschätze usw. Für die Wiederherstellung der gestohlenen Sachen sind in allen Fällen hohe Verbindungen ausgesetzt, im letzten sogar bis 25 000 M. Bemerkenswert ist der Angriff der Einbrecher auf die Wohnungen von Kriminalbeamten. Die Verbrecher suchten sich gerade die Beamten heraus, denen die Verhinderung der Wohnungseinbrüche obliegt. In ganz kurzer Zeit sind fünf Kriminalbeamte auf diese Weise heimgeführt worden.

Volkshilfsamt Neukölln. „Mojart und seine Zeit“ betitelt sich der nächste Abend, den die Stadtgemeinde Neukölln am Sonntag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula der Realschule, Podbißstr. 34/35, veranstaltet. Eintrittskarten zum Preise von 1,50 M. sind in den bekannten Verkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich.

Die Bildungskommission der U. S. P. Neukölln (Crispien-Debebour) veranstaltet am Sonnabend, den 6. November, einen heiteren Kunstabend, betitelt: „Alt-Bien, Alt-Berlin“. Da an demselben nur erstklassige Kräfte, wie Alara Prat, Pieder zur Laute, Senta Plinette, Violinkünstlerin, Julius Sachs, von der Volksbühne (Lustige Geschichten, das Kinderballett des Deutschen Opernhäuses) unter der bewährten Leitung des Dr. Felix Günther mitwirken und der Eintrittspreis ein sehr mäßiger ist, wird ein volles Haus von den Neuköllnern und Berliner Genossen zu erwarten sein. Nach den Vorführungen gemächliches Beisammensein. Eintrittskarten zum Preise von 2 M. sind zu haben in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8/9, in den Expeditionen Neukölln, Emser Str. und Redarstr. 3, bei Genossen Schneider, Neukölln, Weisestr. 64, Eichstädt, Berliner Str. 21 und bei den Mitgliedern der Bildungskommission.

Große Volksoper. Am Mittwoch, 3. November d. J., abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet die Große Volksoper Berlin im Großen Saal der „Neuen Welt“, Halenheide 108/114 ihre erste große Opernvorstellung. Zur Aufführung durch Kräfte der Staatsoper gelangt Beethovens „Fidelio“. Eintrittskarten zum Preise von 4,50 M. sind im Bureau des Volksbildungsamtes, Zimmer Nr. 218, des Rathauses erhältlich.

Brig. Aus dem Ortseleiternbeirat. Der bisherige Vorsitzende, Herr Schulz, hatte schriftlich seinen Austritt aus dem Ortseleiternbeirat erklärt und gleichzeitig seinen Vorzug niedergelegt, eine Folge der Kritik in unserer letzten öffentlichen Versammlung. In der letzten Sitzung sollte nun zur Neuwahl Stellung genommen werden. Es wirkte sonderbar, als die Bürgerlichen mit dem früheren Vorsitzenden erschienen und erklärten: Der Ortseleiternbeirat habe Herrn Schulz erneut in den Ortseleiternbeirat delegiert. Wohlmerkt, eine Stunde vor der Sitzung von dem Schlichter der höheren Schule und einem Volksschullehrer, bürgerlicher Richtung. Nach reger Aussprache brachten sie Herrn Schulz wieder in Vorschlag. Die Wähler mußte nichts, Genosse Albert Friedberg, Brig. Chausseestr. 92, wurde zum Vorsitzenden des Ortseleiternbeirats gewählt. Zulchriften und Wünsche in Ortseleiternbeirat sind an diesen zu richten. — Am Montag, abends 7 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Besammlung einer unterer Ortsgruppe im Saale von Radack statt, wo Genosse Dr. Löwe hier in Brig hat schon eine rege Propaganda gegen unsere Genossen Löwenstein als Stadtschulrat eingeleitet, deren Leiter gerade unter den Lehrern zu suchen sind.

Reinholdsdorf. Wir fühlen uns veranlaßt, auf die großzügig angelegten kommunalen Einrichtungen der Gemeinde Berlin-Reinholdsdorf hinzuweisen. Mit besonderer Sorgfalt und großem Erfolg werden dort auf den verschiedensten Gebieten Betriebsstellen betrieben. Es ist eine Freude für jedermann, diese Einrichtungen zu besichtigen und seinen Bedarf darin zu decken. Die von der Gemeinde Berlin-Reinholdsdorf eingerichteten Holz- und Kohlenplätze mit ihren maßvollen Anlagen (Sägewerk, Holzspaltmaschinen) stehen dort konfliktlos da, und verweisen wir gleichzeitig auf das Interat in der heutigen Zeitung.

Wariendorf. Das Wohnungsamt wird vom 1. bis einschließl. 14. November 1920 für den persönlichen Verkehr mit dem Publikum gesperrt. Dringende Anträge sind schriftlich einzulegen.

Forderungen an die Strafrechtsreform. Behandelte Kammergerichtstag Sonntag in einem Vortrag an der Humboldt-Hochschule, Georgenstr. 50/51, Mittwoch, 8-9 1/2 Uhr, 4. November. Karten vor der Vorlesung.

Die Entwicklung der Volksbühne Norden macht erfreuliche Fortschritte. Seit ihrer ersten Vorstellung am 5. Oktober hat sie einen Zuwachs von 200 Mitgliedern zu verzeichnen. Im nächsten Stadietel machte sich seit langem das Bedürfnis nach einem stehenden Theater geltend. Die Gründung der Volksbühne Norden kann besonders von Kreisen der wertvollen Bevölkerung dankbar begrüßt werden. Sie haben nunmehr die Möglichkeit, ohne Schikane des Verkehrs für den denkbar niedrigsten Eintrittspreis künstlerisch hochwertige Theateraufführungen zu besuchen. Geöffnet wird vorläufig wöchentlich an 3 Tagen Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Theateraal des Konzerthauses Linder, Pantow, Breitstr. 34. Mitgliederanmeldungen nehmen noch entgegen die Geschäftsstelle Rathaus Pantow, Zimmer 29 und die meisten Konsumgeschäfte des Nordens.

Arbeitsnachweissstellen. Ab 1. November 1920 ist der Arbeitsnachweis des Rohrlegewerkes der Stadt Berlin abgeschlossen und befindet sich Gormannstr. 30. Telefon: Amt Norden 3134. Ab 1. November 1920 ist der Arbeitsnachweis der Schuhindustrie und des Schuhmacherhandwerks nach Oranienburger Str. 54/56 verlegt. Telefon: Amt Norden 2156-89. Die Bezirkskontrollmeldestelle Müllerstr. 48 befindet sich ab 1. November 1920 Gerichtstraße 35.

Zur Benutzung der Schulgebäude durch die Erwerbslosen. Fürjorge schreibt uns der Betriebsrat, daß die Arbeitslosen die Aborte der Schulkinder in der 133. und 149. Schule nicht benutzen. Die Aborte der Schulkinder befanden sich von denen der Erwerbslosen getrennt. Es wird in Abrede gestellt, daß die Schüler gewaltsam zurückgetrieben oder sonst belästigt würden. Gegen die Aufstellung von Zigaretten- und Strahenbändern auf den Schulhöfen wendet sich die Erwerbslosenfürsorge ebenfalls. Obwohl die Wünsche der Elternbeiräte auf Entfernung der Erwerbslosenfürsorge aus den Schulgebäuden verständlich seien, müsse darauf hingewiesen werden, daß die Erwerbslosenfürsorge trotz erheblicher Mühe bisher keine anderweitige geeignete Unterzunft finden konnte.

Die früheren politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich Montag, den 1. November, abends 7 Uhr, Mantuffelstr. 72. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen, um zu dem eingegangenen Bescheid des Magistrats Stellung zu nehmen. Der Ausschuß. J. A.: George.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Besetzung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an  
Spez.: Zähne ohne Gassen. Kein Luxusverze  
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 9